Breslauer Zeitung.

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 281. Donnerstag den 30. November 1848.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 15—20. (675—680.) Bogen des 23. Abon. v. 30 Bog. Berlin Bg. 310—312. Frankf. Bg. 366—368.

Preußen.

C. B. **Die Sitzung der Abgeordneten zu Brandenburg am 27. November.***)

Es hatte sich um $10\frac{1}{4}$ Uhr erst eine geringe Anzahl von Abgeordneten im Sitzungslokale eingefunden, als die Minister Graf Brandenburg, v. Manteuffel, v. Strotha, v. Ladenberg und Rintelen in den Saal traten und sich auf ihren Sesseln niederließen. Die Tribünen waren von Zuhörern dicht besetzt; in der Loge des Diplomaten-Corps sah man nur den Gesandten der Ottomanischen Pforte Herrn Davud Oghlou und einige Sekretaire der englischen Gesandtschaft. Im Uebrigen waren dort die Sitze nur von preußischen Offizieren und einigen wenigen brandenburgischen Damen eingenommen. Auf der Journalistentribüne waren die Berichterstatter der Berliner und anderer deutscher Zeitungen. Als die Zahl der Abgeordneten sich einigermaßen gemehrt hatte, der Präsidenten-Sitz aber immer noch leer blieb, erhob sich der Minister-Präsident Graf Brandenburg:

„Auf Befehl Sr. kgl. Maj. erkläre ich hierdurch die zur Vereinbarung der Verfassung berufene, am 9. d. M. vertagte Versammlung für wiedereröffnet und stelle derselben anheim, sich von Neuem zu konstituiren. Sobald dies Geschäft beendigt sein wird, bitte ich, mich davon zu benachrichtigen, damit ich im Stande bin, unverzüglich eine kgl. Botschaft vorzubringen."

Die Minister v. Ladenberg, v. Strotha und Rintelen verlassen hierauf das Sitzungslokal, später auch Graf Brandenburg und v. Manteuffel. Einige Stimmen rufen: Alterspräsident! andere: Brünneck! — Der Oberburggraf Herr v. Brünneck nimmt hierauf den Präsidentensitz ein. M. H. Ich bin von Ihnen berufen, als Ihr Alterspräsident, da ich an Jahren zufällig unter Ihnen der Aelteste bin. Vor 63 Jahren in dieser altehrwürdigen Residenzstadt geboren, genieße ich den Vorzug, heute den Vorsitz zu führen. Ich ersuche den Schriftführer Herrn Borries das Protokoll zu führen und Herrn Geßler durch Namensaufruf die Beschlußfähigkeit der Versammlung zu ermitteln. Hartmann (vom Platz): ich bitte bei jedem Namen den Wahlkreis zu benennen, damit das Land weiß, welche Kreise hier vertreten sind.

Der Namensaufruf erfolgt. Durch denselben ergiebt sich, daß von den in Berlin nach dem 9. Nov. zurückgebliebenen Abgeordneten sich folgende hier befinden: Dielitz, Zachariä, Fretzdorf, Nenstiel, Klinkhammer, Schlitte, v. Besser, Fleischer, Schulz (Minden), Scholz (Meseritz), Dane, Kühnemann, Milde, Scheele, Schimmel, Vogelsang, Keferstein, Seidel, Stalling, Richter (Ortelsburg), Conditt und einige Andere.

Es ergiebt sich ferner, daß Herr v. Pfuel sein Mandat niedergelegt hat, ebenso Herr v. Schön, für den Herr Jachmann wieder gewählt ist. Herr v. Bardeleben ist anwesend und sein Stellvertreter. Herr Dielitz wird veranlaßt, das Lokal zu verlassen. Herr v. Voigt-Rheetz erklärt als Abgeordneter für Bromberg einzutreten.

Nach Beendigung des Namensaufrufs, während der Zählung, verliest Herr Kühlwetter unter lärmendem Widerspruch der Versammlung ein Schreiben des Herrn Hansemann, nach welchem dieser nur durch die Verordnung des Arztes abgehalten ist, hier zu erscheinen. Dane (zu einer persönlichen Bemerkung): Als am 9. Nov. der Ministerpräsident die Verlegung und Vertagung der Versammlung ankündigte, glaubten meine Freunde und ich, diesem Befehle nicht nachkommen zu dürfen. Wir haben unsere Berathungen in Berlin fortgesetzt und der gegen uns angewendeten Waffengewalt passiven Widerstand entgegen gestellt. Gegen die Folgerungen, die man daraus ziehen möchte, glaube ich mich und meine Freunde verwahren zu müssen. Durch den Conflikt zwischen Krone und Versammlung sind Verwickelungen und Verwirrungen entstanden. Ich will hier nicht erörtern, wer die Schuld davon trägt; gegenseitige Anschuldigungen sind nicht der Weg, der zur Versöhnung führt. Auch wenn man von anarchischen Zuständen spricht, in die das Land verfallen ist, so müssen wir erklären, daß nicht wir sie gewollt oder verschuldet haben. Nicht um die Rechte der Krone zu verkümmern, um neue Rechte für das Volk zu gewinnen, sind wir geblieben, sondern um die bereits erworbenen zu erhalten. Wir konnten der Krone nicht das Recht zugestehen, eine mit ihr gleichberechtigte Versammlung einseitig zu vertagen und zu verlegen. Wenn wir deshalb auf unserem Platze geblieben sind, so müssen wir uns heute gegen den Vorwurf der Inkonsequenz verwahren. Wir haben es als unsre Aufgabe betrachtet, auf friedlichem Wege die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren. Wollten wir die Aufgabe lösen, so glaubten wir, uns an dieser Sitzung betheiligen zu müssen. Wir sind konsequent geblieben, nur die Umstände haben sich geändert. Wir wollten um so weniger anstehen, Ihnen hierher zu folgen, nachdem die Centralgewalt nach den Beschlüssen der deutschen Reichsversammlung die Vermittelung über sich genommen hat. — Der Redner legt hierauf eine Erklärung in diesem Sinne auf dem Bureau nieder. Sie ist unterzeichnet von Maassen, Dane, Scholz (Meseritz), Schulte, Kutzen, Reygers, Tietze, Mrozik, Schönborn, Jandern, Klinkhammer, Nenstiel. — Reichensperger: ich würde nicht ums Wort gebeten haben, wenn wir nur Worte der Entschuldigung für das Verfahren der nach der Vertagung der Versammlung in Berlin verbliebenen Abgeordneten vernommen hätten. Allein die eben abgelegte Erklärung geht weiter; sie legt Verwahrung ein gegen die Rechtsbeständigkeit dieser Versammlung, gegen den Rechtsgrund ihres Daseins. Sie nimmt Bezug auf die Beschlüsse der deutschen National-Versammlung, und doch hat diese negative Beschlüsse gefaßt, gegen welche der gehörte Protest unparlamentarisch erscheint. Es ist dann aber auch inkonsequent, an einer Versammlung Theil zu nehmen, die man als zu Recht bestehend nicht anerkennt. — Dane: er habe keinen Protest eingelegt, wer einen solchen in der Erklärung finde, habe sie nicht angehört. — Erklärungen in gleichem Sinne mit der von Dane überreichten werden niedergelegt von Wegener, von Fleischer und Köhler (Görlitz), von Kühnemann, Seidel, Scheden, Keßling, Conditt, Richter (Ortelsburg), Bauer (Pilkallen) und Keferstein, v. Zachariä, v. Stabing, Gottlieb und Genossen. Sie stimmen alle darin überein, daß sie in Berlin nur der Waffengewalt gewichen und nur hierher gekommen seien, um ihrer Aufgabe (Vereinbarung der Verfassung) zu genügen, weil dies in Berlin nicht möglich sei, daß sie erscheinen an diesem Orte, überdies durch die Lage des Landes und durch dessen Stellung gegenüber dem gegenwärtigen Ministerium geboten sei. Sie alle verwahren sich gegen die Schlußfolgerung, als ob sie gemeint seien, die in Berlin nach der Vertagung vom 9. November gefaßten Beschlüsse aufzugeben.

Baumstark: Die Erklärungen sind weiter gegangen, als eine objektive Auseinandersetzung der Gründe für das Verbleiben in Berlin und das Erscheinen in Brandenburg erfordert hätte. Meine Freunde und ich hätten gleichfalls gewünscht, ihr Verfahren zu rechtfertigen. Wir ziehen es vor, dies zu verschieben, bis eine beschlußfähige Versammlung vorhanden sein wird. — Riedel: Ich und meine Freunde halten die Maßregel der Verlegung und der nur durch diese bedingten Vertagung nicht nur formell für vollkommen gerechtfertigt, sondern auch materiell für nothwendig. Wir sind der Meinung, daß diejenigen Abgeordneten, welche sich dieser Maßregel nicht gefügt haben, sich eine Widersetzlichkeit gegen das Wahlgesetz vom 8. April haben zu Schulden kommen lassen. (Lärmende Mißfallsbezeugung.) Bauer (Berlin) erklärt sich mit Baumstark einverstanden. Es hätte eine Diskussion vor Feststellung der Beschlußfähigkeit nicht zugelassen werden sollen. — Fleischer: Ich behalte mir und meinen Freunden vor, seiner Zeit den Verdächtigungen des Abgeordneten Riedel entgegenzutreten. (Bravo! auch Ruf zur Ordnung.) Rehfeld will, daß das Resultat der Zählung proklamirt und dem Ministerium angezeigt werde. Alterspräsident v. Brünneck will die Versammlung vertagen. Widerspruch: „erst das Resultat." v. Brünneck (nach einigem Zögern): es sind 154 Abgeordnete anwesend, die Versammlung ist also nicht beschlußfähig; ich schlage vor, die Vertagung bis morgen früh zu beschließen. Neuer Widerspruch: „wir können nicht beschließen!" Reichensperger: Wir haben gehört, daß das Ministerium eine Botschaft mitzutheilen beabsichtigt, um eine solche in Empfang zu nehmen, bedarf es keiner Beschlußfähigkeit. Wir sind die Nationalversammlung durch die kgl. Erklärung, daß die Versammlung wieder eröffnet sei. v. Brünneck erklärt, dem Ministerium Anzeige machen zu wollen und schlägt vor, die Sitzung auf $\frac{1}{2}$ Stunde auszusetzen.

Um 1 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Der Präsident läßt ein an ihn gerichtetes Schreiben des Staats-Ministeriums verlesen, nach welchem das Ministerium den König von Beschlußunfähigkeit der Versammlung in Kenntniß gesetzt hat und sich vorbehält, der Versammlung die allerhöchste Entschließung in einer besonderen Sitzung, die auf morgen 9 Uhr gewünscht wird, mitzutheilen. Auf mehrseitig geäußerten Wunsch wird beschlossen, die Sitzung morgen Vormittags um 11 Uhr wieder zu eröffnen. (Schluß halb 2 Uhr.)

(2te Sitzung vom 28. November.)

Bis $11\frac{1}{2}$ Uhr hat sich eine, dem Anscheine nach etwas größere Anzahl von Abgeordneten, als gestern eingefunden. Die Minister erscheinen und machen den Mitgliedern der ihnen am nächsten stehenden Fraktion vertrauliche Mittheilungen. Die Herren v. Meusebach, Baumstark, Reichensperger, Küpfer verbreiten das Vernommene im Saale. Sofort bilden sich dichte, leidenschaftlich gesticulirende Gruppen. Besonders lebhaft sind die Unterhaltungen der Herren Reichensperger und Baumstark mit den Ministern. Um $11\frac{3}{4}$ Uhr ruft die Glocke des Herrn v. Brünneck die Abgeordneten auf ihre Plätze. Der Alterspräsident will das Protokoll vom 9. November verlesen lassen. Lebhafter Widerspruch. Reichensperger: Die Verlesung ist zwecklos. Wir sind nicht beschlußfähig und können das Protokoll nicht genehmigen. Ich protestire gegen die Verlesung, und beantrage, das Protokoll der gestrigen Sitzung, welches keinen Anspruch darauf macht, Beschlüsse der Nationalversammlung zu enthalten, zum Vortrag zu bringen. Köhler (Görlitz): Auch das Protokoll von gestern erfordert, wenn es genehmigt werden soll, einen Beschluß. Wir sind aber auch heute nicht beschluß-

*) Obgleich wir bereits in der gestrigen Bresl. Z. einen kurzen Bericht über diese Sitzung mitgetheilt haben, können wir doch nicht umhin, obenstehende ausführlichere Mittheilung in der heutigen Zeitung aufzunehmen, da sie die gestrige Meldung in mehreren wesentlichen Punkten ergänzt. Red.

fähig. Baumstark: Wir haben gestern verhandelt, und ob beschlußfähig oder nicht, wir haben das Recht, das gestrige Protokoll zu genehmigen.

Das Protokoll von gestern wird verlesen und nach einer von Sperling dagegen erhobenen Erinnerung vom Alters-Präsidenten für angenommen erklärt.

Nach vertraulicher Rücksprache mit Reichensperger erklärt Herr v. Brünneck: es werde mehrfach gewünscht, die Sitzung auf eine Stunde auszusetzen, da man später „etwas Wichtiges" zu vernehmen haben werde, was eine Vorberathung zu erfordern scheine. Er schlägt vor, den Namensaufruf bis zuletzt zu verschieben. Neuer lebhafter Widerspruch, man ruft: „Namens-Aufruf!" Ein Antrag, die Sitzung auf eine Stunde zu vertagen, ist schriftlich eingebracht und wird verlesen. Pelzer und Baumstark erinnern daran, daß man die Formen der Geschäftsordnung nicht verletzen möge. Herr v. Brünneck will den Antrag auf Vertagung zur Abstimmung stellen. Lärm. „Was für Gründe für die Vertagung?" Fleischer: Man möge erst die Mittheilung, die von irgend einer Seite her (nach dem Ministertisch weisend) in Aussicht gestellt werde, entgegennehmen und sich dann vertagen. Der Präsident stellt die Frage und erklärt, die Vertagung sei bis 1 Uhr beschlossen. (12 Uhr.)

Wiedereröffnung um 1 Uhr. Die Minister sind noch abwesend.

Präs. Die Stunde ist vorüber, ich werde jetzt zum Namensaufruf schreiten, um zu ermitteln, ob wir beschlußfähig sind.

Abgeordn. Dahne: Im stenographischen Bericht über die Sitzung vom 15. d. M. befindet sich unter den Namen der anwesenden Mitglieder auch der meinige; ich habe aber in jener Sitzung nicht Theil genommen, und bitte dies im nächsten stenographischen Berichte zu bemerken. Präs. Es ist ein stenographischer Bericht, den wir Alle nicht kennen, es würde also darauf nicht einzugehen sein.

Der Namensaufruf ist unterdessen vorgenommen worden. Bei der Verlesung des Namens des Abg. Schlinck, ruft eine Stimme in der Versammlung: „ist auf der Tribüne."

Präs.: Das Resultat des Namensaufrufes ist Folgendes: **Es sind 159 Mitglieder anwesend, wir sind also nicht beschlußfähig; ich werde das Ministerium davon benachrichtigen.**

Abgeordn. Brehmer: Nach meiner Ueberzeugung muß die Versammlung viel zahlreicher sein, ich bin heute noch mit mehreren Herren hierher gekommen, welche gestern nicht hier waren. Ich wiederhole daher meinen Antrag von vorher, die Namen der seit gestern Hinzugekommenen zu verlesen. Die Anzahl muß sich dann größer herausstellen.

Präs.: Es werden heute Mehrere anwesend sein, welche gestern nicht da waren, und umgekehrt, werden heute Einige fehlen, welche gestern hier waren.

Abgeordn. Thüm: Ich bin gekommen, um an den Berathungen der Versammlung Theil zu nehmen, sobald dieselbe beschlußfähig sein wird. Meinen früheren Protest gegen die Verlegung hebe ich aber durch meinen Eintritt nicht auf, sondern schließe mich der gestrigen Erklärung des Abg. Dahne an.

Abgeordn. Massen: Meine Herren. Ich habe eine Bitte an Sie zu richten. Es sind viele von uns in der Verlegenheit, protestiren zu müssen, auch ich gehöre dazu. Es kann aber zu nichts führen, wenn jeder Einzelne hier einen Protest abgeben will. Lassen Sie uns jetzt in Einheit vorwärts schreiten. (Beifall.)

Präs.: Es ist so eben ein Antrag auf Vertagung der Sitzung bis morgen eingereicht worden; ich weiß aber nicht, in wiefern wir auf meine heutige Anzeige an das Ministerium eine ähnliche Benachrichtigung wie gestern zu erwarten haben. (In diesem Augenblick treten die Minister in den Saal.)

Abgeordn. Simons: **Ich habe den Antrag gestellt, die Versammlung bis morgen um 11 Uhr zu vertagen, weil der Namensaufruf ergeben, daß wir wieder nicht beschlußfähig sind. Ob wir es morgen sein werden, wissen wir nicht. Jedenfalls finde ich es angemessen, daß wir den Kollegen, welche hier noch nicht erschienen sind, die Möglichkeit gewähren, das zu thun. Sollten wir aber auf Donnerstag noch nicht vollzählig sein, so behalte ich mir vor, alsdann den Antrag zu stellen, daß der Präsident aufgefordert werde, das Ministerium zu ersuchen, für die fehlenden Abgeordneten die Stellvertreter einzuberufen.**

Minister-Präsident (liest von einem Papier, welches er in seinen Händen hielt, ab.) Die so eben verlesenen Anträge stimmen mit den Absichten der Regierung, das Werk der Vereinbarung zu fördern, vollkommen überein, und ist daher, falls die Versammlung darauf eingeht, seitens der Regierung nichts dagegen zu erinnern, daß bis morgen oder übermorgen abgewartet werde, ob die Versammlung beschlußfähig sei. (Rauschender Beifall.)

Der Antrag auf Vertagung bis morgen 11 Uhr wird mit großer Majorität angenommen und die Sitzung um 2 Uhr geschlossen.

C. C. **Brandenburg**, 28. Nov. [Die heutige Sitzung. — Vermischtes.] Die Sitzung der Nationalversammlung wurde gegen 12 Uhr eröffnet und begann mit einem unfruchtbaren Streite darüber, ob das Protokoll der gestrigen Sitzung blos zur Kenntnißnahme der Mitglieder verlesen oder vollständig angenommen werden solle. Wiewohl gegen letzteres erhebliche und zutreffende Gründe angeführt wurden, so wurde dennoch die vollständige Annahme durch Abstimmung beliebt. Ein weiterer Antrag, zugleich das Protokoll der Sitzung vom 9. November zu verlesen und anzunehmen, wurde dagegen auf Reklamation von Reichensperger, als bis zum Eintritt der Beschlußfähigkeit der Versammlung unzulässig, verworfen. — Nachdem mehrseits der Antrag auf Namensaufruf erfolgt, verbreitete sich in der Versammlung das Gerücht, daß eine wichtige Mittheilung Seitens des Staatsministerii zu erwarten stehe. Es wurde deshalb beantragt, die Sitzung auf eine Stunde zu vertagen, um über den Gegenstand jener Mittheilung in den Fraktionen zu berathen, und dieser Antrag, nachdem der Alterspräsident angedeutet, so weit ihm bekannt, beziehe sich die Mittheilung auf die Beschlußfähigkeit der Versammlung, angenommen. — Die Parteien begaben sich nun in ihre Versammlungslokale, woselbst sich ergab, daß das Ministerium eine königl. Botschaft zu verlesen beabsichtige, **Inhalts deren die brandenburger Versammlung bis zum 15. folg. M. vertagt werden solle. Zugleich verlautete von der Absicht des Ministerii, bis dahin durch Einberufung der Stellvertreter die Kammer beschlußfähig zu machen. Alsbald ergab sich diese Idee als eine höchst unglückliche; fast ohne Widerspruch wurde beschlossen, die Vertagung für ungerechtfertigt zu erklären, und so hätten sich bedauerliche Scenen wiederholen können, wenn nicht das Ministerium auf vertrauliche Mittheilung dieser für das Ministerium, nicht für uns überraschenden Stimmung die Botschaft zurückzubehalten beschlossen hätte.** — Nach Wiedereröffnung der Sitzung wurde vom Abgeordnete Simon aus Elberfeld Vertagung bis morgen um 11 Uhr beantragt; zugleich von demselben für Donnerstag zur Tagesordnung der Antrag angekündigt, für alle dann nicht anwesenden Abgeordneten durch das Staatsministerium die Stellvertreter einberufen zu lassen. Der Ministerpräsident erklärte sich mit diesen Anträgen einverstanden, worauf die Vertagung dem Antrage gemäß beschlossen wurde. — Der Namensaufruf ergab 10 seit gestern neu eingetretene Mitglieder und man rechnet mit scheinbar großer Sicherheit, daß Donnerstag die Kammer beschlußfähig sein wird. — v. Gagern's Vermittelungsmission scheint gänzlich gescheitert zu sein; er soll gestern Abend den Hof gänzlich entmuthigt und körperlich angegriffen verlassen haben. — Manteuffel tritt als Kandidat für Teltow auf und soll nicht im entferntesten daran denken, sein Portefeuille niederzulegen. Das Mißtrauen, welches das jetzige Ministerium selbst der äußersten Rechten einflößt, wird durch den Schleier, welchen dasselbe nach bekannter alter Weise über seine Absichten breitet (eine Heimlichkeit und eine Nichtbeachtung der öffentlichen Stimmung, welche unter andern heute abermals in neue Verwicklungen gezogen hätte) mehr und mehr genährt, und können wir auf's bestimmteste melden, daß, sobald die Kammer nur die nöthige Beschlußfähigkeit gewonnen hat, dies Mißtrauen zum formellen Ausdruck kommen wird.

Berlin, 28. November. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Den Kreis-Physikern Dr. Kunze zu Rybnik und Dr. Hohlfeld zu Ratibor den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen.

Seine königliche Hoheit der Prinz Wilhelm ist gestern Abend von Nymphenburg in Potsdam eingetroffen.

Angekommen: Der königlich spanische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am hiesigen Hofe, Don Antonio Remon Zarco del Valle, von St. Petersburg. — Abgereist: Seine Excellenz der Ober-Burggraf im Königreich Preußen, v. Brünneck, nach Brandenburg.

(Bekanntmachung.) Nachdem die Wiedereröffnung der National-Versammlung am heutigen Tage in Brandenburg stattgefunden hat, kann der Zusammentritt einzelner Abgeordneten, welche sich jener Versammlung nicht angeschlossen haben, zu Berathungen am hiesigen Orte, während des Belagerungszustandes, ferner nicht geduldet werden. Indem ich dies zur öffentlichen Kenntniß bringe, weise ich zugleich sämmtliche Inhaber öffentlicher Gastlokale innerhalb des dem Belagerungszustande unterworfenen Bezirks hierdurch gemessenst an, solche Zusammenkünfte bei sich auf keine Weise zu dulden, und werde jedes Lokal, wo dergleichen dennoch vorkommen, sofort und für die Dauer des Belagerungszustandes gänzlich schließen lassen. Angebliche Nichtkenntniß der Eigenschaft der Versammelten als Abgeordnete wird hierbei als Entschuldigung nicht zugelassen werden. Ebenso sollen auch anderweite Privatlokale, welche von Abgeordneten etwa zu ihren Zusammenkünften besonders gemiethet werden möchten, derselben Maßregel unterworfen sein. — Berlin, 27. Nov. 1848. — Der Ober-Befehlshaber der Truppen in den Marken. (gez.) v. Wrangel.

(Bekanntmachung.) Aus den Zeitungen habe ich ersehen, daß viele hiesige achtbare Bürger durch eine allgemeine Erleuchtung am Abend des 29. d. Mts. ihre frohe herzliche Theilnahme an der Feier des silbernen Hochzeitstages Sr. Majestät des Königs und der Königin bezeigen wollen. So sehr ich diese ehrenhafte Gesinnung hoch achte, und von derselben Se. Majestät den König in Kenntniß zu setzen beabsichtige, so sehe ich mich dennoch zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung und um möglichst jede Störung derselben zu hindern veranlaßt, hierdurch die Illumination der Stadt wie solche in den öffentlichen Zeitungen gewünscht worden, gänzlich zu verbieten. Berlin, den 28. Novbr. 1848. Der Ober-Befehlshaber der Truppen in den Marken. v. Wrangel.

N. V. **Berlin**, 25. Nov. Aus Kulm gehen uns folgende amtliche Nachrichten zu:

Die Regierung des Königs hat gesucht, den Berathungen der Versammlung zur Vereinbarung der Verfassung durch Verlegung nach Brandenburg den Schutz zu gewähren, dessen sie in Berlin entbehrten.

Diejenigen Mitglieder der Nationalversammlung, welche sich dieser Anordnung ohne irgend einen Grund des Rechtes oder der Zweckmäßigkeit widersetzten, haben in ungerechter Anmaßung der höchsten Gewalt die Fahne der Empörung gegen den König ergriffen.

Bewohner der preußischen Lande! Wir erfahren, daß Menschen, welche ihr Heil in gesetzlosen Zuständen suchen, diese Veranlassung benutzen, um Euch über die Absichten der Regierung zu belügen; Euch die Heiligkeit der von dem Könige gemachten Versprechungen zu verdächtigen und ein treues Volk zum Abfall von seinem rechtmäßigen Herrscher zu verleiten.

Auf der einen Seite steht der König, der fest entschlossen ist, Euch unverkürzt die Vortheile und Freiheiten zu gewähren, welche sein königliches Versprechen verheißen hat und der den Tag herbeiwünscht, an welchem diese Freiheiten förmlich festgestellt sein werden; auf der anderen Seite stehen rebellische Abgeordnete, welche der Beendigung des Verfassungswerks fortwährend Schwierigkeiten entgegen stellten und jetzt zur Befriedigung ihres eigenen Ehrgeizes offen und heimlich bemüht sind, den König vom Throne zu stoßen und damit das Vaterland in Krieg und Verderben zu stürzen.

Ihr Bewohner der preußischen Provinzen müßt Euch jetzt entscheiden, ob Ihr zu dem Könige oder zu den Rebellen stehen wollet, ob Ihr mit dem Könige nach göttlichen und menschlichen Gesetzen leben, oder ob Ihr ohne den König in den Zustand blutiger und rechtloser Verwirrung fallen wollet, dem die Feinde des Gesetzes und der wahren Freiheit, unter Täuschungen aller Art, Euch zu Eurem eigenen Verderben entgegenführen wollen.

Wir glauben fest, daß die große Mehrzahl des preußischen Volkes in treuer Anhänglichkeit an den König keinen Augenblick wanken wird, aber wir wissen, daß die Lügner und Verführer thätig unter Euch sind, und deshalb warnen wir die Schwankenden unter Euch, damit nicht der Arm der strafenden Gerechtigkeit die Verblendeten zugleich mit den Schuldigen erreiche.

Berlin, den 17. November 1848.

Vorstehendes wird im Auftrage des Herrn Ministers des Innern hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Kulm, den 21. November 1848.

Königliches Landrathsamt.
v. Schrötter.

Mitbürger!

Das hiesige königliche Landrathsamt hat angeblich im Auftrage des Herrn Ministers des Innern gestern einen Aufruf von Berlin vom 17. d. M. zur allgemeinen Kenntniß gebracht, welcher die in Berlin tagenden Abgeordneten des preußischen Volks als Rebellen darstellt, die bemüht sind, den König vom Throne zu stoßen und damit das Vaterland in Krieg und Verderben zu stürzen.

Zunächst haben wir die triftigsten Gründe, es zu bezweifeln, daß das königliche Landrathsamt einen Auftrag des Herrn Minister des Innern zur Veröffentlichung dieses Aufrufs erhalten hat, zumal derselbe keine Unterschrift trägt. Wer die Wahrheit für eine gute Sache sagt, darf sich nicht scheuen, seinen Namen dazu herzugeben. Demnächst dürfen wir Euch kaum sagen, daß die in dem Aufrufe enthaltenen Anschuldigungen offene Unwahrheiten sind; es fällt unsern Abgeordneten nicht bei, irgend wie gegen den König sich aufzulehnen. Sie streiten nur mit den Waffen des Gesetzes für die Rechte des Volkes, welches sie vertreten, des Volkes, dessen Wohl und Wehe auch das Wohl und Wehe des Königs ist. Es handelt sich gegenwärtig in Preußen in keiner Weise um einen Abfall vom Könige, dem wir alle treu ergeben sind, sondern nur darum, daß es einer alles Recht, alles Gesetz mit Füßen tretenden Partei, welche sich zwischen den König und das Volk gedrängt hat, ferner unmöglich gemacht wird, ihre für Beide gleich verderblichen eigennützigen Pläne auszuführen.

Mitbürger! Seid wachsam und prüfet, was Lüge und was Wahrheit ist.

Kulm, den 22. November 1848.

Döring. Fink. Knorr. E. Eitner. H. Alberty. Bachmann. Wollenschläger. Utesch. F. Rauch. Groch. Werner. F. Reichhold.

G. **Berlin**, 27. Novbr. [Aus der konstitutionellen Correspondenz.] Selbst von den konservativsten und besonnensten Mitgliedern unserer Rechten soll es dem Ministerium Brandenburg-Manteuffel nahe gelegt worden sein, daß der beste Dienst, den es jetzt noch dem Vaterlande erweisen könne, kein anderer sei, als der, sofort abzutreten, ehe der Sieg der guten Sache, der konstitutionellen Ordnung über die Anarchie durch Mißgriffe kompromittirt, und dadurch ein abermaliger Rückschlag in der öffentlichen Meinung herbeigeführt würde, die sich diesmal so energisch und laut gegen die Bestrebungen unserer Wühler, der parlamentarischen sowohl als der nichtparlamentarischen, ausgesprochen hat. Die Befürchtung, daß der nicht durch das Geschick der Minister, sondern nur durch das Ungeschick und den im Steuerverweigerungsbeschluß auf das deutlichste hervortretende Mangel an Patriotismus unserer parlamentarischen Größen errungene Er-

folg der Krone und der konstitutionellen Stabilität im Siegesrausch mißbraucht werde, liegt um so mehr nahe, als von allen Seiten mit der größten Bestimmtheit behauptet wird, die Zuversicht in Potsdam sei in diesem Augenblick größer als je seit dem 18. März, und wenn gleich bei dem nicht zu verkennenden guten Willen und der unzweifelhaften Aufrichtigkeit höchster Personen nicht zu erwarten steht, daß der Einfluß einer gewissen Partei sich ernstlich geltend machen könnte, so sollte doch kluger Weise dem einmal nicht zu entwurzelnden Mißtrauen des Volkes Rechnung getragen werden. Allgemein fürchtet man Maßregeln, die das Volk abermals irre machen und damit den Demokraten aufs neue ein Uebergewicht verschaffen würden, welches vielleicht diesmal nicht mehr zu beseitigen wäre. Der Umstand, daß heute Morgen die nicht nach Brandenburg übergesiedelten Abgeordneten der Linken, etwa 80 an der Zahl, mit Waffengewalt aus dem Hotel Mylius getrieben wurden, und daß dieselben Herren, während sie einige Stunden später in demselben Hotel beim Mittagsessen saßen, militairisch heimgesucht und von den Offizieren über den Zweck ihrer Anwesenheit inquirirt wurden, ist auch gerade nicht geeignet, solche Befürchtungen zu beseitigen. — Die öffentliche Meinung, mag sie nun in diesem Punkte gerecht oder ungerecht sein, sieht einmal in dem jetzigen Ministerium Coryphäen einer Partei, die mit den Errungenschaften der Neuzeit unmöglich sympathisiren kann; die öffentliche Meinung behauptet nun einmal, daß die Büreaukraten- und Adelspartei in ihrer Verblendung auch heute noch in unserm ganzen Ringen nach konstitutionellen Staatsformen nur das Wühlen einer kleinen Fraktion sehen, daß sie wenig oder keinen Unterschied mache zwischen einem Camphausen und d'Ester, einem Hansemann und einem Reichenbach, daß die Lehre des 18. März schon vergessen, daß selbst in den letzten Tagen der politische Staar ärger als jemals wiedergekehrt sei. Es wäre in diesem Augenblick nicht mehr als politisch klug, diese öffentliche Stimme zu hören, selbst wenn sie ungerecht sein sollte; wahrlich sie spricht laut und deutlich genug. Daher der lebhafte Wunsch, den fast alle Abgeordneten der gemäßigten Fraktionen unumwunden aussprechen, das jetzige Ministerium so schnell als möglich beseitigt zu sehen.

C. B. **Berlin**, 26. Novbr. [Tagesbericht.] Man hat gestern Abend wiederholt die verschiedenen hier anwesenden Abgeordneten aus ihren Partei-Versammlungs-Lokalen vertrieben. Interessant ist es, daß man nur bei Mylius (dem Versammlungsorte der Linken) Militär verwandt hat*), während die übrigen Fraktionen durch Polizeioffizianten und Konstabler vertrieben wurden. — Heut Morgen sind die Pressen der Druckerei der National-Versammlung (in der letzten Zeit Krause) mit Beschlag belegt worden. — Das Gouvernement scheint trotz der geheimen Polizei doch über die Zahlenverhältnisse in der Kammer schlecht unterrichtet gewesen zu sein, da man nicht einmal gewußt haben soll, daß man gestern in Brandenburg keine beschlußfähige Anzahl Abgeordnete vorfinden werde. Wie es übrigens mit den konstitutionellen Formkenntnissen unserer Herren Minister aussieht, das beweist die gestrige Eröffnungsrede des Hrn. v. Brandenburg zur Genüge. — Heute sind übrigens wieder einige Abgeordnete von hier nach Brandenburg abgegangen. — Wie wir hören wird Herr v. Gagern seine Rückreise bald wieder antreten, es soll auch ihm eine Vermittelung nicht gelungen sein. — Herr Rodbertus ist bis zum Augenblicke von Frankfurt noch nicht retournirt, man hofft auf günstige Nachrichten. Mißglücken alle Vermittelungsvorschläge, so wäre es nicht unmöglich, daß sich die hier versammelten Abgeordneten nach einem andern Ort der Monarchie begeben und dort die National-Versammlung wieder eröffneten. Von Mitgliedern der äußersten Linken soll auch an die Bildung von Provinzial-Parlamenten gedacht worden sein. Als wahrscheinlicher ist jedoch anzunehmen, daß sich die hiesige Versammlung auflösen, daß ein Theil der Abgeordneten sich in die Heimath begeben und ein anderer event. nach Brandenburg gehen wird, falls durch Requisition von Stellvertretern es der Regierung gelingen sollte, eine beschlußfähige Versammlung in Brandenburg zusammen zu bringen. — Die Verhaftungen dauern fort, die Verhafteten werden meist aber so von ungefähr wieder entlassen, wie sie verhaftet wurden; heut ist Herr Müller, der sogenannte Präsident des Lindenklubbs in die Stadtvoigtei abgeführt worden, Herr Karbe ist wieder frei. — Im Verlage von Reuter und Stargardt ist von dem als Rechtslehrer bekannten Abgeordneten Temme eine Brochüre unter dem Titel „Rechtliches Bedenken über die Verlegung und Vertagung der preußischen National-Versammlung" erschienen. Der Verfasser beantwortet vom eng juristischen Standpunkte die Frage natürlich dahin, daß die Krone zu einer einseitigen Vertagung nicht befugt sei. Er geht auf drei Entscheidungsquellen zurück, aus denen er die Beantwortung der Frage schöpft: 1) Ausdrückliche Bestimmungen der positiven Gesetzgebung. 2) Die rechtliche Natur der Sache. 3) Der bisherige staatsrechtliche Gebrauch. Von dem Abgeordneten Jung erscheint bei denselben Verlegern eine Brochüre „Der Magistrat von Berlin. Seine Begriffe von Ehre, sein Muth, sein Verstand.

* **Berlin**, 28. Nov. [Vermischte Nachrichten.] Am 23. hat der Kreis Memel den Prinzen Carl zum Stellvertreter gewählt. — Das königliche Kriminal-Gericht hat seinen sämmtlichen Beamten in den letzten Tagen nochmals die strengste Befolgung der Habeas-Corpus-Akte zur ausdrücklichen Pflicht gemacht. Namentlich sind die Einrichtungen getroffen worden, daß Jeder, der in die Gefängnisse des Kriminalgerichts eingeliefert wird, unfehlbar binnen 24 Stunden vom Untersuchungsrichter vernommen werden kann. Auch sind die Gefängniß-Beamten angewiesen worden, für den Fall, daß ein Gefangener von den Polizeibeamten abgeliefert wird, ohne daß der vorschriftsmäßige Bericht in der gesetzlichen Zeit beigefügt wird, einen solchen Gefangenen sofort wieder in Freiheit zu setzen, und ihn nicht etwa dem Polizei-Präsidium zur Disposition zu stellen. — Diese Nacht sind in der Berends'schen Druckerei sämmtliche dort vorfindliche Drucksachen von der Behörde fortgenommen worden, man sagt, circa 25—28,000 Exemplare, größtentheils Beschlüsse 2c. der zurückgebliebenen Abgeordneten. Die Fortnahme ist so vollständig erfolgt, daß die betreffenden Deputirten selbst in diesem Augenblicke außer Besitz irgend eines der neu gedruckten Gegenstände sich befinden. Einige Abgeordnete, als Schulze (Minden), Parrisius u. s. w. hatten sich gestern nach Brandenburg begeben mit dem Entschlusse, nach Umständen zu handeln und sich jedenfalls der zahlreichsten Partei anzuschließen. Als es sich herausstellte, es seien nur 154 anwesend, gingen die Herren auf die Gallerie, unter die Zuschauer. — Von morgen ab wird Brandenburg mit Potsdam durch einen urterirdischen Telegraphen verbunden sein, desgleichea Potsdam mit Berlin vom 10. ab.

* **Potsdam**, 28. November. [Die silberne Hochzeitsfeier.] Gestern sind nachstehende Beglückwünschungs-Deputationen bei JJ. MM. dem Könige und der Königin vorgelassen worden: 1) Eine Deputation des hiesigen Gymnasiums, bestehend aus dem Direktor Rigler, Professor Schmidt und Oberlehrer Müller. Von diesen hat der Erstere dem Könige ein von ihm verfaßtes Gedicht überreicht. 2) Eine Deputation des patriotischen Vereins, 3) eine Deputation der Schützengilde, 4) eine Deputation von Pommeranern, 5) eine Deputation der hiesigen Fischergilde, welche dem Könige und der Königin einen riesigen Hecht mit treuherziger Ansprache darbrachten. Abends brachte die hiesige Liedertafel ein unter der Leitung des Musikdirektor Schärtlich bestehender, trefflich eingeübter Männer-Gesangverein, dem hohen Königspaar eine Serenade von den vorzüglichsten ihrer vierstimmigen Gesänge. Sie waren zu dem Ende in einem Salon aufgestellt gewesen, welcher sich neben dem Zimmer befand, in welchem die Königin und der Hof den Thee einnahmen. Die Flügelthüren standen offen und die Königin sprach sich auf das freundlichste dankbar darüber aus. Der König ließ sich entschuldigen, daß er erst um 9 Uhr erscheinen könne, da er durch dringende Geschäfte abgehalten sei; er wünsche aber den Gesang zu hören und die Liedertafel möge so lange zusammen bleiben. Das geschah denn auch, und der König unterhielt sich auf das freundlichste und voll Anerkennung mit den Mitgliedern der Liedertafel. Die Liedertäfler wurden mit Thee und kaltem Abendessen regalirt; sie beendeten ihre Gesänge erst nach 10 Uhr Abends. — Es werden heute Ihre Majestät die Königin von Sachsen, Schwester unserer Königin, und die Herzogin von Anhalt-Dessau zur Verherrlichung der schönen königl. silbernen Hochzeitsfeier zum Besuche hier erwartet. Mehrere auswärtige Glückwünschungs-Deputationen mit Geschenken sind heute wieder hier eingetroffen.

Aus der Provinz Preußen, 23. Nov. [Das Linienmilitär wankt.] Auch bei uns trägt der Beschluß der National-Versammlung vom 15ten d. M. seine Früchte. Die Steuerverweigerung findet sowohl aus patriotischen, wie aus selbstsüchtigen Motiven vielfachen Anklang, besonders unter den Bewohnern des platten Landes. Die Stadtbehörden von Tilsit haben sich bereits geweigert, die Staatssteuern an die Regierung abzuführen, und eine deutsch und litthauisch abgefaßte Aufforderung zu gleichen Schritten durch die Provinz ergehen lassen. Andererseits ist unsere Linie empört über die Art und Weise, wie man die „constitutionellen" Freiheiten beim Militär, unter Anderem in Königsberg und Pillau, versteht, wo eine Anzahl von Offizieren, Feldwebeln, Unteroffizieren und Militär-Aerzten in kriegsrechtliche Untersuchung gezogen sind, weil sie eine Adresse an die National-Versammlung nicht etwa in ihrer Eigenschaft als Militärs, sondern mit ihren Mitbürgern vom Civil zusammen unterschrieben haben. Mittheilungen, wie sie bei Appel-Versammlungen vorgekommen sind (ich kann die Namen einiger der betreffenden Offiziere nennen), über einen angeblichen Beschluß der National-Versammlung von gleichem Inhalte mit der Mittheilung Bassermann's, über die Bedingungen einer Verständigung und über die Auflösung der National-Versammlung, von der „nur sieben" Mitglieder bei einander geblieben wären, rufen Spott und Verachtung hervor. (Köln. Z.)

Von der unteren Weichsel, 27. Nov. [Die Reaktion.] Es scheint, daß unsere Reaktion schon auf den Standpunkt des Herzogs von Angouleme angelangt ist, der, als man in den Julitagen 1830 den Abfall der Truppen meldete, antwortete: „Nun, so schieße man auch auf sie!" Unser hiesiges Säbelregiment muß vorläufig, ehe der Belagerungszustand über das ganze Land verhängt ist, sich selbst von allen freigesinnten Männern purificiren. Für das Militair gilt keine politische Freiheit, die Grundrechte des Soldaten sind einzig und allein in den Kriegsartikeln verzeichnet. So hat man in Königsberg einen Hauptmann, in Pillau vier Lieutenants, zwei Militairärzte,

---

*) Ueber diese Vertreibung der Abgeordneten ist folgendes Protokoll veröffentlicht worden:

„Verhandelt, Berlin, den 27. Nov., halb 1 Uhr, im Lokale bei Jaroschewitz. — In der Morgensitzung der im Hotel Mylius sich versammelnden Fraktion Abgeordneter der Nationalversammlung und in Anwesenheit von etwa 30 Mitgliedern derselben, wurde durch den Wirth, Herrn Mylius, die Nachricht gebracht, daß die Straße militärisch besetzt sei, und daß die Soldaten so eben die Kupferhüte auf die Gewehre setzten, daß ferner ein Major das Verlangen stelle, und zwar „im Namen des Gesetzes", in den Saal geführt zu werden. — Es wurde hierauf von vielen Seiten bemerkt, daß man nicht nöthig habe, hierauf eine besondere Antwort zu ertheilen. — Nach einiger Zeit drang ein Major, eine Anzahl Soldaten, Gewehr am Fuß, folgten, dem Anschein nach einige dreißig Mann, geführt von mehreren Lieutenants, in das Zimmer, und der Major richtete die Aufforderung an die Versammlung, im Namen des Gesetzes das Lokal sofort zu verlassen:

Der Abgeord. Jacoby nahm das Wort und fragte den Major: Was wollen Sie?

Major: Ich komme im Namen des Gesetzes.

Jacoby: Im Namen welches Gesetzes?

Major: Im Namen des höchsten Gesetzes!

Jacoby: Von welchem Gesetze sprechen Sie?

Major: Ich spreche im Namen des konstitutionellen Gesetzes.

Jacoby: Ich kenne kein Gesetz, welches uns verbietet, uns am Tage in einem Gasthofe einzufinden.

Elsner: Selbst die Proklamation des Hrn. Wrangel enthält nichts von einem derartigen Verbote. Wir sind kein Klubb.

Major: Das geht mich nichts an, ich handle im Auftrage meiner Behörde.

Jacoby: Wie ist Ihr Name?

Major: Ich bin der Major, Graf Blumenthal.

Jacoby: Wer hat Ihnen den Auftrag gegeben?

Major: (Nach einer Pause.) Meine vorgesetzte Behörde.

(Verschiedene Stimmen): Nennen Sie die Behörde.

Major: (Nach einer Pause.) Meine Herren! Setzen Sie mich nicht in Verlegenheit.

Jacoby: Nun, so erkläre ich Ihnen, Sie handeln nicht im Namen des Gesetzes, sondern im Namen der Gewalt, und es ist traurig, daß die Soldaten zu solchen Gewaltthaten gemißbraucht werden.

Major: Meine Herren, ich handele meinem Auftrage gemäß.

Jacoby: Ich wiederhole Ihnen, daß Sie lediglich kraft der Gewalt handeln. Sie sind verantwortlich für dieselbe und Alle, welche Ihnen den Auftrag gegeben; Sie werden seiner Zeit zur Rechenschaft gezogen werden.

Major: Ich bitte mir nun alle die Papiere aus, die hier liegen.

Verschiedene: Das ist unser Eigenthum, und Niemand kann Ihnen das Recht geben, unser Eigenthum anzugreifen.

Major: Diese Papiere werden Ihnen zurückgegeben werden.

Anwandter: Unter allen Umständen können Sie diese Papiere nur nach Aufnahme eines Verzeichnisses nehmen, thun Sie es nicht, so rauben Sie.

Borchardt: Mindestens müssen Sie diese Papiere versiegeln.

Major: Meine Herren! Es kann ja Einer von Ihnen mit auf die Kommandantur gehen, da kann das Alles geschehen.

Jacoby: Auf diese Weise können uns Papiere weggenommen, oder verbrecherische Papiere untergeschoben werden.

Der Major griff hierauf nach einem Pack Druckpapier, und ersuchte einen der ihm zunächst stehenden Abgeordneten einen entfernten, auf dem Tische liegenden, Stoß Druckpapiere ihm zuzustellen. Dies wurde verweigert. Nur die Gewalt, wurde entgegnet, walte hier: Nehmen Sie die Papiere selbst und konstatiren Sie dadurch den Raub.

Der Major ergriff darauf auch diese Papiere.

Rüdiger (— ein Greis — zu den Soldaten gewendet, weinend): Freunde, ich habe auch Söhne unter Euch und Ihr wollt hier die Väter des Landes mit Gewalt vertreiben? Stecht oder schießt mich nieder!

Einige: Laßt sie die Gewalt anwenden, wir weichen nicht.

Simon: Meine Herren, die Gewalt ist konsummirt.

Viele zugleich: Gehen wir auseinander, die Gewalt ist konsummirt.

Es entfernen sich hierauf die Anwesenden und fanden vor dem Hause und in dessen Nähe einige Kompagnien aufgestellt.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben:

H. Simon. M. Elsner. Berends. Dr. **Jacoby. D'Ester. Anwandter. Borchardt. Reuter. Schultz** (Wanzleben). **Keiffenheim. Thiede.**

einen Kassenführer, drei Feldwebel und einen Unteroffizier von ihren Funktionen suspendirt und in kriegsgerichtliche Untersuchung gezogen, weil sie eine Zustimmungsadresse an unsere Nationalversammlung unterzeichnet haben. Um aber ähnlichen Fällen für die Zukunft vorzubeugen, erhalten die Soldaten bei den Appellversammlungen die nöthigen Belehrungen über die Verbrechen, die Dummheit und die Feigheit der Nationalversammlung. Mir ist nicht bloß bekannt, daß Instruktionen in dieser Beziehung von Berlin kommen, sondern auch, wie dieselben ausgeführt werden. Der Hauptmann läßt beim Appell die Soldaten in einen Kreis zusammentreten und erzählt ihnen den angeblichen Inhalt des Gespräches zwischen Bassermann und Kirchmann mit den bekannten Entstellungen und lügenhaften Zusätzen, und fügt dann hinzu, Kirchmann habe diese Erklärung **in Folge eines von der National-Versammlung gefaßten Beschlusses abgegeben. Ein Anderer muß ihnen erzählen, die National-Versammlung sei aus Furcht vor einem Paar Soldaten auseinander gelaufen und nur sieben Mitglieder, unter denen Phillips, Jacoby und Waldeck, seien zurückgeblieben.** — Die Führer und Diener der Reaktion glauben sich ihres Sieges schon so gewiß, daß sie offen den beabsichtigten Bruch der Märzverheißungen proklamiren. Landwirthe erklären in offiziellen Versammlungen der Gemeindevorsteher, **es sei nicht nöthig, die Einleitungen zur Ausführung des Bürgerwehrgesetzes zu treffen, da wir von jetzt an ganz andere Gesetze bekommen und ohne Zweifel eine Bürgerwehr nicht würde eingeführt werden.** Wir hätten an Linie und Landwehr genug. Große Sensation erregt die Proklamation des Magistrats und der Stadtverordneten zu Tilsit, welche, in litthauischer und deutscher Sprache, zur allgemeinen Steuerverweigerung auffordert. Ein mir persönlich bekannter Gemeindevorsteher in Westpreußen hat öffentlich bekannt gemacht, daß er die bei ihm eingehenden Staatsabgaben der Kreiskasse nicht einliefern, sondern sie bis auf weitere Bestimmung der Nationalversammlung in seinem Gewahrsam behalten werde. Unsere Soldaten erhalten jetzt von ihren Offizieren förmlichen Unterricht im Straßenkampf. (Ostsee-Z.)

Insterburg, 23. Nov. [Für die Steuerverweigerung. — Landwehr.] Am Sonntage fand im hiesigen Schauspielhause eine Volksversammlung statt, in welcher die Steuerverweigerung besprochen wurde. Es wurde in derselben beschlossen, strikte die Consequenzen zu verfolgen, die aus dem Vertrauensvotum an die Nationalversammlung hervorgehen. Zuvor sollte jedoch die hiesige Stadtkommune hervortreten. Diese hielt am gestrigen Tage eine außerordentliche Sitzung und zwar in Gemeinschaft mit dem Magistrat in pleno. Es lagen drei Gegenstände von der größten Wichtigkeit vor, nämlich: 1) die Steuerverweigerung; 2) die Verweigerung zur Annahme der auf morgen hier einberufenen Landwehr und 3) permanente Versammlungen der hiesigen Vertreter der Stadt. In Betreff des ersten Punktes wurde die Verweigerung der Steuer einstimmig beschlossen, doch fand der Vorschlag Beifall, erst eine Deputation nach Gumbinnen zu entsenden, um bei der Regierung anzufragen, ob sie den Ausspruch der Nationalversammlung ihrerseits anerkenne, oder dem hochverrätherischen Ministerium Folge zu leisten beabsichtige. Zwei Deputirte der Stadt Tilse, von Gumbinnen zurückkehrend, theilen die Erklärung der Regierung in der Steuerverweigerungsfrage hier öffentlich mit. Aus derselben ging genügend hervor, daß die Regierung noch auf das Alte zu beharren entschlossen oder vielmehr ganz rathlos sei. Ob dasselbe jedoch noch lange der Fall sein wird, steht dahin, besonders war von andern Städten durch gleiche Deputationen ihr mitgetheilt worden, daß man sich eine provisorische Regierung — was die Tilsiter Deputation erklärte — erwählen werde. Den zweiten Punkt, die einberufene Landwehr betreffend, sprachen sich die Stadtverordneten dahin aus, der Landwehr, wenn sie morgen wirklich hier zusammenkommen sollte, kein Quartier zu geben, da die Regierung davon nicht in Kenntniß gesetzt sei, und nach dem Gesetz diese nur dann berufen werden könnte, wenn das Vaterland von einem äußern Feinde bedrängt würde, oder um die jährlichen Uebungen zu halten. Beides sei gegenwärtig nicht der Fall, mithin auch keine Veranlassung da, um sich eine unnütze Last aufbürden zu lassen. Der Magistrat schlug jedoch vor, zuvor an den kommandirenden General einen Protest einzusenden und zu erklären, daß die Lokalitäten es nicht gestatteten, hier noch mehr Militär aufzunehmen. Diese Erklärung ist bereits gestern mit der Abendpost nach Königsberg abgegangen, und noch kein Bescheid darauf gekommen. — Im Laufe dieser Woche ist die hiesige Bürgerwehr, die bis zum Januar 1849 sich inaktiv erklärt hatte, mit großer Freude begrüßt worden. 600 der hiesigen Bürger und viele junge Leute, besonders Arbeiter, haben sich in die bezügliche Liste eintragen lassen. Der Magistrat und die Stadtverordneten haben zur Bewaffnung der armen Volksklassen beschlossen, sofort 150 Piken herzustellen, so daß unsere Stadt nicht von Vertheidigern entblößt ist, wenn selbst die Soldaten uns verlassen sollten. (Danz. Z.)

Elbing, 23. Nov. [Wie die Ergebenheits-Adressen gemacht werden.] Die Adresse an den König und das Mißtrauens-Votum gegen unsern Abgeordneten Phillips, angeblich von Wahlmännern und Urwählern unseres Kreises erlassen, gehen vom Preußen-Vereine aus, den überdies der reaktionäre Landrath Abramowski, Phillips eigener Schwager, mit allen Mitteln unterstützt. Die Zahl von etwa 3000 Unterschriften ist evident falsch; ich kenne einen Lehrburschen des Frankfurter Abgeordneten Wernich, desselben, der mit Vincke stimmt und ein heftiger Gegner unseres Phillips ist. Dieser Knabe rühmt sich, seinen eigenen Namen allein sechs Mal unterschrieben zu haben. Eigenhändig unterschrieben haben höchstens 500 Personen, und von diesen sind mindestens 490 mit unseren politischen Verhältnissen gänzlich unbekannt. — Ein Ortsvorsteher in unserer Nachbarschaft hat soeben eine öffentliche Erklärung abgegeben, daß er die Steuern zwar einziehen, aber sie bis auf Weiteres reserviren werde. (Köln. Z.)

Stettin, 27. Nov. [Die Artillerie in Kolberg.] Nach einer uns eben zugehenden Mittheilung will man in Kolberg Bestrebungen unter den Artilleristen entdeckt haben, welche mit der bestehenden militärischen Ordnung nicht im Einklange stehen. In Folge dieser Entdeckung wäre ein Offizier, welche früher in die Annekesche Angelegenheit verwickelt war, versetzt und mehrere Unteroffiziere ꝛc. zur Untersuchung gezogen. Zugleich soll ein höherer Offizier, der jene Bestrebungen nicht rechtzeitig entdeckte, suspendirt sein. Da uns diese Mittheilung nicht durch die Vermittelung unserer sonstigen Correspondenten zugegangen ist, so müssen wir einen näheren Bericht abwarten, ehe wir jene Vorgänge in ihrem weiteren Zusammenhange beleuchten können. (Ostsee-Z.)

Posen, 27. Novbr. [Militärische Katzen-Musik.] Vorgestern Abend in der siebenten Stunde wurden die Bewohner des Neustädtischen Marktes und der angrenzenden Straßen, in denen um diese Zeit für gewöhnlich die tiefste Stille herrscht, durch ein katzenmusikalisches Intermezzo in optima forma aufgeschreckt. Es war nämlich eine beträchtliche Anzahl der hier garnisonirenden Husaren, die, nachdem sie unmittelbar zuvor in der benachbarten Berliner Straße dem Major v. S. ein dreimaliges donnerndes Hurrah gebracht, hinterher vor der Wohnung des Regiments-Kommandeurs v. B. ein unzweideutiges und nachdrucksvolles Mißtrauensvotum abgab. Dreimal in kurzen Pausen jauchzten die Husarenkehlen auf unter obligatem Kinderpfeifengekreisch; gellend, ohrzerreißend war der Klang, ähnlich dem Schlachtgeheul der indianischen Wilden, nur daß darauf nicht ein entbrannter Angriff, vielmehr ein überaus hastiger Rückzug folgte, dessen Ergötzlichkei die an die Fenster gelockten Bewohner der Gegend zu beobachten Gelegenheit hatten. Dessenungeachtet sind, wie wir hören, drei Husaren auf der Stelle selbst verhaftet worden, und die Untersuchung wird ihren Lauf nehmen. Die Sache erregt Aufsehen und — das mit Recht. (Pos. Z.)

Wehlen (an der Mosel), 23. Nov. [Landwehr.] Die Landwehrmänner des Kreises Berncastel hatten sich gestern in festlichen Aufzügen unter Sang und Klang hier versammelt, um über das Verhalten zu berathen, welches sie auf die Dauer des unseligen Zerwürfnisses zwischen Krone und Nationalversammlung zu bewahren gedenken. Einstimmig wurde beschlossen, daß man in allen Vorkommnissen nur den Beschlüssen der Nationalversammlung Folge leisten und deren Ruf zum Handeln in gesetzlicher Ruhe und Ordnung abwarten wolle. (Voß. Z.)

Simmern, 25. Nov. [Ein Paroli.] Der Stellvertreter des sich in Brandenburg befindenden Abgeordneten Sames, Hr. Steuer-Einnehmer Mallmann, ist heute Morgen, trotz aller Hindernisse der vorgesetzten Behörden, nach Berlin abgereist, um seinen Sitz in der National-Versammlung einzunehmen. (Mosel-Ztg.)

Gladbach, 24. Nov. [Ein zweites Paroli.] Auf die Aufforderung des Präsidiums der National-Versammlung ist heute (an die Stelle des nach Brandenburg gehenden Abgeordneten) Dr. Bähren als Stellvertreter nach Berlin abgereist. (Aach. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 25. Novbr. [Amtlicher Artikel.] Das Reichsministerium der Justiz hat beschlossen, zum Zweck der Ausarbeitung des Entwurfs eines allgemeinen Handelsgesetzbuchs für Deutschland eine Kommission von Rechtsgelehrten, zu welcher demnächst auch sachverständige Kaufleute zugezogen werden sollen, mit dem Unterstaatssekretär Widenmann hier in Frankfurt zusammentreten zu lassen. Das Seerecht bleibt vor der Hand ausgeschlossen; das Wechsel-Recht fällt aus, weil die deutsche Reichsversammlung bereits ein allgemeines deutsches Wechselrecht angenommen hat. Zu Mitgliedern der Kommission sind bis jetzt ernannt und einberufen die Appellationsgerichts-Räthe Broicher und Grimm zu Köln und der Professor Thöl zu Rostock. Die Arbeiten werden schon in den ersten Tagen beginnen. — Frankfurt, den 24. November 1848. — Das Reichsministerium der Justiz.

[Berichtigung.] Nach zuverlässigen gestern hier eingelaufenen Nachrichten entbehrt das Gerücht, als beabsichtige die preußische Krone die Octroyirung einer Verfassung, alles Grundes. — Ich freue mich, Ihnen aus bester Quelle mittheilen zu können, daß in Folge der vom Zollverein ergriffenen Repressalien, die französische Regierung mit dem 31. Dezember dieses Jahres die Auszahlung der vor einigen Monaten eingeführten Ausfuhrprämien einstellen wird. — Unter den harmlosen Irrthümern, welche in den letzten Tagen über Personen und Verhältnisse in hiesigen Kreisen durch die Zeitungen verbreitet wurden, erwähnen wir folgende: 1) Der Reichsverweser wolle abtreten und Frankfurt verlassen; 2) Herr v. Beckerath sei in Potsdam gesehen worden (kann nur ein scharfes Auge sein); 3) Herr v. Schmerling sei aus dem Reichsministerium getreten und Herr Wydenbrugk der Mann, von welchem Deutschland seine Rettung erwartet; 4) Herrn Bassermann sei der rothe Adlerorden angeboten worden (für Verbreitung dieses Irrthums hat sich die „Deutsche Zeitung“ hergegeben); 5) Herr Raveaux habe mit seinem Gesandtschaftsposten auf einen Gehalt von 12,000 Fl. verzichtet (der Verzicht auf den Posten war eben nicht durch den Verzicht auf einen Gehalt erschwert oder veredelt); 6) Herr Biedermann sei zum Reichsgesandten in der Schweiz ernannt. Wir werden fortfahren, den Zeitungen, welche das Unglück haben, von Irrthümern heimgesucht zu werden, Gelegenheit zur Berichtigung zu verschaffen. — Die Mitglieder der preußischen Nationalversammlung Herren Gierke und Bredt sind gestern von Berlin hier angekommen. Dieselben sind als Vertrauensmänner ihrer Fraction vom Centrum (Hotel de Russie) hierhergesandt, um ihrerseits nach Kräften dahin zu wirken, daß die von der Centralgewalt angebahnte Vermittlung zwischen der Krone Preußen und der preußischen Nationalversammlung so viel als möglich beschleunigt und zu diesem Ende die in dem Bassermannschen Bericht enthaltenen vielfachen Unrichtigkeiten und Uebertreibungen bei Zeiten berichtigt werden. Sicherm Vernehmen nach ist das Centrum eine der gemäßigten Fractionen der Kammer, welche den Beschlüssen vom 9. Novbr. beigetreten ist, besonders bemüht, eine friedliche Ausgleichung des Konflikts herbeizuführen und haben die Mitglieder dieser Fraction zur Herbeiführung einer solchen, fast einmüthig beschlossen, dem schiedsrichterlichen Ausspruch der deutschen National-Versammlung und der Centralgewalt über den entstandenen Konflikt, als der höheren Instanz, unbedingt Folge geben zu wollen. Möge es den Bemühungen der genannten Herren gelingen, eine friedliche Lösung der traurigen Differenzen zwischen der Krone und den Vertretern Preußens zum Heile des Landes recht bald herbeizuführen! (Frkf. Bl.)

Mainz, 25. Novbr. [Preußisches Militär läßt die Republik hoch leben!] Seit einigen Tagen ist unsere Stadt wieder jeden Abend der Schauplatz von Unruhen. Aus einer mir unbekannten Veranlassung ist den Soldaten des 38sten und 40sten Infanterie-Regiments verboten worden, das Bierhaus „Zum Silberberg“ am Markt zu besuchen. Trotz diesem Verbote gingen die Soldaten doch wieder dahin; am ersten Abend wurden durch preußische Patrouillen, welche das Bierhaus umstellten, mehrere derselben verhaftet und auf die Citadelle geführt, wodurch die Aufregung ihrer Kameraden im höchsten Grade gesteigert wurde. Am folgenden Abend besuchte nun noch eine größere Anzahl das besagte Bierhaus, und wurden von ihnen Reden im demokratischen Sinne gehalten; die zu ihrer Arretirung angerückten Abtheilungen Soldaten wurden von ihnen mit „Hecker hoch!“ und „Die Republik soll leben!“ empfangen; auch weigerten sie sich, die Verhaftung vorzunehmen. Am dritten Abende fanden sich gegen 150 preußische Soldaten im „Silberberg“ ein, hielten Berathungen, wie ihre Kameraden auf der Citadelle zu befreien seien, **widersetzten sich der abermals zu ihrer Verhaftung angerückten Abtheilung Preußen und zogen, unter beständigen Vivats auf Hecker und die Republik, vor die Wohnung des Platzmajors, dort die Freigebung der Verhafteten verlangend.** Der Major wies sie jedoch zum General, erklärend, er habe hierüber nichts zu verfügen. Seine Worte der Beruhigung, welche er an die aufgeregten Soldaten richtete, blieben unbeachtet, und die Masse zog zur Wohnung des Generals. Ehe sie jedoch dieselbe erreichte, wurde sie durch zwei Offiziere, welche mit bewundernswerthem Muthe auf die Anströmenden einhieben, auseinander gejagt. Einige kleine Excesse abgerechnet, verlief der Abend ruhig. Gestern Nachmittags schon vor 4 Uhr begann die Wirthschaft „Zum

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 281 der Breslauer Zeitung.

Donnerstag den 30. November 1848.

(Fortsetzung.)

Silberberg" sich von Neuem zu füllen, als zur rechten Zeit eine Abtheilung Militär erschien; die in der Wirthschaft befindlichen gefangen nahm, auf die Hauptwache führte und den Zugang zum „Silberberg" absperrte. Die Aufregung ist groß, sowohl auf Seiten der Soldaten als der Bürger, und man befürchtet für heute neue unruhige Auftritte, wenn nicht bei Zeiten energische Maßregeln getroffen werden, um denselben entgegenzutreten. (Köln. Z.)

Mannheim, 25. November. [Ein drohender Putsch.] Alle Nachrichten, welche uns vom Oberlande zukommen, stimmen über das Drohen eines gewaltigen Putsches überein, welcher umfassender und auch geregelter sein wird, als beide vorhergehende. Schon vor Monden herrschte Unruhe dort, ja, man kann sagen, sie war nie vollständig unterdrückt, so sehr sich auch die Zeitungen der Rechten und die Regierungs-Commissare dahin aussprachen. — Wir erwarten bis 1. Dezember Nassauer hier.

Sigmaringen, 23. Novbr. [Mediatisirung.] Das Gerücht, daß unser Fürst sich zur Niederlegung der Regierung entschlossen hat, bestätigt sich; jedoch soll er dies nur für den Fall Willens sein, wenn unser Ländchen in die Verschmelzung mit einem größeren Lande willigt, da ihn hauptsächlich die Ueberzeugung bestimmt, daß auf so kleiner Fläche die nöthigen Einrichtungen eines geordneten Staatswesens nicht befriedigend hergestellt werden können. Es würde wohl dem Vaterlande frommen, wenn auch noch andere Fürsten so weise dächten. (O.-P.-A.-Z.)

Dresden, 26. Novbr. [Das österreichische Konsulat.] Der durch mehre Zeitungen laufenden Nachricht von der Abberufung des österr. Konsuls in Leipzig können wir aus sicherer Quelle widersprechen. Im Gegentheil hat sich die österreichische Regierung mit den von der unsrigen in Bezug auf den neulichen Leipziger Exzeß verfügten Maßregeln für vollkommen einverstanden erklärt. Die Kanzlei-Akten des österreich. Konsulats sind zum englischen Konsul geschafft worden, allein es ist dies nicht, wie mehre Zeitungen berichten, auf Befehl der österreichischen Regierung, sondern nach dem eigenen Ermessen des Konsuls geschehen, als er unmittelbar nach dem Exzesse die Papiere in seiner Wohnung nicht mehr sicher glaubte. (Dr. J.)

Dänemark.

Kopenhagen, 25. Novbr. [Englischer und russischer Uebermuth.] Nach Flyveposten hat Lord Cowley im Namen Palmerstons zu Frankfurt gegen die Gegenwart schleswigscher Abgeordneten in der Paulskirche protestirt!! — Dasselbe Blatt bestätigt mit größter Bestimmtheit seine Meldung von der angeblichen russischen Note an die Centralmacht, in der es heißt: „Er (Nikolaus) hoffe nicht genöthigt zu werden, die vom Kaiser Paul übernommene Garantie zu exequiren!!" — Man war hier dieser Tage allgemein durch die Ueberzeugung erfreut, daß Rußland und England sich ungleich günstiger und kräftiger als bisher für Dänemark ausgesprochen, und zwar in dem Augenblicke, wo die Friedensunterhandlungen in London eröffnet werden, und wohin sich Conferenzrath Treschow morgen begiebt, nachdem der Generalmajor Oxholm ihm vor 8 Tagen vorangegangen, und das englische Kabinet darauf vorbereitet haben wird, auf welche Grund-Bedingungen das jetzige Ministerium, in Uebereinstimmung mit dem Könige und dem Reichstage, nur zu unterhandeln gesonnen ist, zumal bei der jetzigen Lage Deutschlands.

Oesterreich.

C.-B. **Wien**, 27. November. [Die deutschen Farben gelten als Symbol der Verrücktheit. — Der päpstliche Nuntius. — Geldnoth. — Staatsbankerott.] Gestern verhaftete man hier einen Menschen, welcher mit einem auffallend großen deutschen Bande, das er als Schärpe über die Achsel trug, gravitätisch durch die Straßen der Stadt einher schritt und eine lange Reihe Neugieriger mit sich zog. Man sagte, er sei verrückt. (Möglich, aber doch nicht deshalb, weil er die deutschen Farben trug?) — Der päpstliche Nuntius soll in Bereitschaft sein, Wien zu verlassen. Wir erblicken in diesem Schritte für Oesterreich keine neue Gefahr; wohl aber dürft jetzt die Zeit gekommen sein, wo der Papst seine jetzige weltliche Stellung mit der eines katholischen Oberhirten verwechseln wird. — Für die während der Belagerung an ihrem Eigenthume verunglückten Bewohner Wiens werden in den Pro inzen durch die Kreisämter und Dominien Sammlungen milder Beiträge eingeleitet. — Der Mangel an Silbermünzen wird jetzt so fühlbar, daß in dieser Beziehung eine baldige Abhilfe erfolgen muß. Die Reibereien zwischen den Parteien welche kaufen und jenen, welche wechseln sollen, nehmen gar kein Ende. Um sich auszugleichen, werden Banknoten zu 1 Fl. in vier, wohl auch in acht Theile zerrissen; und man hat Noth, solche Banknotenstückchen an den Mann zu bringen. — Man hört hier wieder viel von einem nahenden Staatsbankerotte sprechen und will das Hin- und Herschwanken der sehr niederen Börsenkourse mit dieser Furcht gedeutet wissen. Solche Ansichten scheinen aber nichts weiter als absichtlich unter die Leute gebrachte Erfindungen zu sein. Der österr. Staat hat noch manche seiner Hifsquellen unbenützt gelassen, welche hinreichen, ihn vor der Gefahr eines Bankerottes zu retten. Man spricht, daß der Finanzminister, wenn die Hilfe der Bank nicht mehr in Anspruch genommen werden sollte, da wohl die Nothwendigkeit der Anwendung außergewöhnlicher finanzieller Maßregeln vorhanden ist, entweder die Emmission von Schatzobligationen zu 5 pCnt. oder eine provisorische Vermögenssteuer in Vorschlag zu bringen gedenke; denn eine freiwillige Anleihe dürfte, obgleich sie der Vermögenssteuee vorzuziehen wäre, wenn mit derselben nicht große Vortheile verknüpft werden, kaum zu Stande kommen. Räthlich wäre es, wenn man die vielleicht nöthig werdende Vermögenssteuer nach verschiedenem Maßstabe erheben, die Kapitalisten in verschiedene Klassen theilen und festsetzen würde, daß die ersten Klassen etwa nur eine Abgabe von $1\frac{1}{2}$ pCnt. ihres Vermögens, die nächstfolgenden $1\frac{5}{8}$ pCnt. und sofort bis 3 pCnt. zu bezahlen haben.

8 **Wien**, 27. Nov. [Aushebung und Verpflegung der Truppen.] Die nach Ungarn bestimmten Truppen werden, sobald sie den ungarischen Boden betreten, auf Etappen gesetzt werden, das heißt außer ihrer Feldgebühr noch Brot, Wein, Fleisch, Holz und Fourage in natura abfassen. Die Offiziere erhalten hierfür das Relutum, was beim Subaltern immerhin 25 Fl. C. M. pro Monat betragen mag. Auch sollen die Offiziere beim Ausmarsch noch eine monatliche Gratisgage erhalten, um sie guten Muths zu machen und alle diese Auslagen werden nach Besiegung Ungarns dem Lande auferlegt werden, das militärisch okkupirt und unter das Militärregiment gestellt werden wird, um jede Regung der Unzufriedenheit mit blutiger Strenge niederzuschmettern. Die Magazine zur Verpflegung unserer in Niederösterreich und Mähren stationirten Armee von 120,000 Mann sind für vier Wochen versorgt, in der Folge hofft man in Ungarn selbst sich die Quellen eröffnet zu haben, aus denen diese Heeresmassen versorgt werden können. — Die beunruhigenden Nachrichten aus Italien und die gefahrdrohenden Chancen der Präsidentenwahl in Frankreich, machen fortwährend neue Truppenaushebungen nothwendig, zumal der Zustand Ungarns und Oberitaliens ein starkes Heer von 300,000 Mann in Anspruch nimmt und selbst in den übrigen Provinzen ausreichende Besatzungen erforderlich erscheinen. Unter solchen Umständen ist die Regierung gesonnen, bei allen 38 deutschen Inf.-Regimentern 5te Bataillons zu errichten, so zwar, daß die gesammte Streitmacht der Monarchie dadurch auf 600,000 Mann anwachsen dürfte, zumal auch bei allen k. k. Grenz-Infanterie-Regimentern Reservebataillons errichtet werden sollen. Eine Rekrutirung von 150,000 Mann ist in Aussicht und werden die Altersklassen von 19 bis 30 Jahren ohne Schonung gelichtet werden. Von den hiesigen Studenten und Proletariern, die sich am letzten Kampfe betheiligt haben, wurden Viele ins Militär gesteckt, aber auch Viele sind freiwillig in die Reihen des Heeres getreten; die Letztern aus Mangel und Kriegslust, die Ersteren, weil jetzt das Kriegshandwerk für eine längere Zeit hindurch die meiste Aussicht auf ein schnelles Fortkommen gewährt, die büreaukratische Laufbahn dagegen mannigfachen Einschränkungen entgegengeht. Wo aber das Geld hernehmen zur Erhaltung dieser ungeheuren Kriegsmacht, besonders wenn der vor der Thür lauernde auswärtige Krieg zum Ausbruch kommt? Das ist die große Frage, die nur durch einen kolossalen Staatsbankerott gelöst werden kann.

N. B. **Wien**, 27. Nov. [Tagesbericht.] In der ungarischen Sache wird es nun Ernst und es finden starke Truppenbewegungen statt; die Angriffe sind demnächst und zwar von allen Seiten zu gewäetigen. Kossuth soll erklärt haben, daß wenn nur noch zwei Ungarn verblieben, der eine ungarischer Kriegs- und der andere ungarischer Finanz-Minister verbleiben würde. — Trotz dieser und so vieler anderer Rodomontaden, und trotz der starken Befestigungen von Komorn und Pesth, zweifeln Wenige an einem baldigen Ausgang. — Fürs Erste haben die Magyaren ihre Hauptstädte vor Verheerungen sicher gestellt, indem sie mit ihren Verschanzungen so weit als möglich herausrückten. — Gegen den Gebrauch der Kettenkugeln, welcher sich die Ungarn auf unstatthafte Weise bedienen, hat Fürst Windischgrätz eine ernstliche Abmahnung an dieselben ergehen lassen; (Kettenkugeln sind nämlich zwei durch eine Kette mit einander verbundene Kugeln von schwerem Kaliber, die durch die schwerere Berechnung des Doppelgewichts zwar von einer weniger sicheren, allein auch von einer um so mörderischeren Wirkung sind). Die Antwort war, daß sie zur Vertheidigung solches für erlaubt hielten, sich aber davon enthalten wollten, wenn Fürst Windischgrätz ihnen dafür kongrev'sche Raketen senden würde. Eine Deputation aus Siebenbürgen hatte in Kremsier beim Grafen Stadion Audienz. Sie verlangten Beruhigung über die ihr Land bedrohende Gefahr für den Fall, als eine Pacificirung Ungarns ohne deren Einvernehmen stattfinden sollte, und weiterhin, an der Repräsentation am allgemeinen Reichstag Theil zu nehmen. Den ersten Theil des Begehrens versprach der Minister in Erwägung zu ziehen; über den zweiten äußerte er sich in einer Weise, die eine demnächstige Umgestaltung der Reichsversammlung in ihren äußeren Formen in Aussicht stellt. — Gestern machten die hiesigen Banquiers und Kaufleute in einer zahlreichen Deputation ihre Aufwartung beim Fürsten Windischgrätz, Jellachich, FML. Czollich und Gonverneur Welden, um denselben Dank-Adressen zu überreichen. Letzterer ließ die Herren etwas unsanft an und bedeutete ihnen, er verkenne nicht den Werth der Dank-Adressen, ihnen aber sei ein anderes Mittel an die Hand gegeben, um ihre Gesinnungen zu bethätigen, nämlich — wie anderswo geschehen — Mißtrauensvoten gegen mißliebige Repräsentanten am Reichstage zu erlassen. — Versammlungen werden nach und nach wieder zugelassen. Außer dem gleich freigegebenen kaufmännischen Vereine, dem Gewerbsvereine und der medizinischen Fakultät findet heute auch die des Musik-Vereines statt, um über dessen Fortbestand zu entscheiden. Nebstdem ist für heute Abend sogar eine politische Zusammentretung zusammenberufen, nämlich der hierortigen Wähler nach Frankfurt um sich gegen den hier anwesenden Wiener Deputirten (Mühlfeld) über die deutsche Anschlußfrage in Betreff der §§ 2 und 3 des letzten Frankfurter Akts zu erklären. — Die Furcht vor Theuerung in Lebensmitteln verschwindet immer mehr und in allen Gattungen derselben treffen reichliche Zufuhren ein. Die Börse sieht einer sieghaften Wendung der Dinge in Ungarn entgegen und es hat sich heute sehr auffallender Weise der starke Begehr nach fremden Wechseln und Gold in jenen nach öffentlichen Fonds umgewandelt.

* **Wien**, 27. Nov. [Nachrichten aus Ungarn und Italien.] Alle Blicke sind seit gestern auf die ungarische Grenze gerichtet. Bekanntlich ist der von dem Marschall Fürsten Windischgrätz dem magyarischen General Moga gegebene Termin zur Unterwerfung seiner Armee gestern abgelaufen und es ist daher natürlich, daß bei der gänzlichen Grenz-Sperre an der Leitha und längs der mährischen Grenze die Spannung des Volkes um so größer sein muß, als man weiß, daß Moga bei den Magyaren nichts hierüber veröffentlicht hatte und die Masse der Armee und die ungarischen Freischaaren noch ganz in Unwissenheit über die Befehle des Kaisers und des Fürsten-Marschall waren. Flüchtlinge aus Pesth, die auf Umwegen diese Hauptstadt vor 4 Tagen verließen, sagen aus, es herrsche dort die nämliche Stimmung wie in Wien, als die republikanische Partei den Terrorismus auf die Spitze getrieben hatte. Aus den dortigen Journalen ist die Lage der Dinge am Besten zu ersehen. — Der Feld-Marschall Fürst Windischgrätz und der Banus von Croatien verweilen noch hier und man weiß über ihre Abreise nichts Bestimmtes. An Unterhandlungen mit Kossuth ist indeß nichts Wahres, obgleich sich hierüber allerlei Gerüchte verbreiten. — Nachrichten aus Mailand vom 23. melden: Der F. M. Graf Radetzky hat für den ermordeten Kriegsminister Grafen Latour ein feierliches Todtenamt abhalten lassen, zu welchem gegen 18,000 Mann ausrückten. — Die vom Marschall in der Lombardei ausgeschriebene Kriegssteuer beträgt für die Stadt Mailand 22, und für die übrigen lombardischen Städte Brescia, Cremona, Lodi u. s. w. 16 Millionen Lire. Von Mailand sollen schon 7 Millionen abgetragen sein. Der Bürger- und Bauernstand wird wenig davon getroffen. Die Repartirung geschieht in den Städten überall auf die aufständischen Nobili.

Nachschrift. So eben trifft die Nachricht ein, daß gestern nach Ablauf des vom Fürsten Windischgrätz gegebenen Termins 11 Eskadrons Kavallerie und 2 Bataillone von Wasa-Infanterie bei Malatzka die Grenze überschritten und sich dem Korps des F.M.L. Simunich angeschlossen haben.

L **Lemberg**, 22. Nov. [Die Regierung und die Nationalitäten. — Der Reichstag. — Der Name „Heine".] Ich habe mich auf meiner Durchreise einige Zeit hier verweilt und den Schau-

platz der selbst in unserer tiefbewegten Zeit schrecklichen Katastrophe in Augenschein genommen. Obgleich schon bald drei Wochen seitdem verflossen und die Gegenwart so reich an furchtbaren Geschichtsmomenten ist, daß wir mit Sturmesschritten an ihnen vorübereilen müssen, so erlauben Sie mir doch etwas dabei zu verweilen, um so mehr, als die Schrecken und das theilweise Räthselhafte jenes grausen Schauspieles in den Gemüthern der hiesigen Parteien aller Farben nicht nur nicht verwischt ist, sondern noch immer tief wurzelt und eine furchtsame Befangenheit und Einschüchterung überall verbreitet ist. Der Belagerungszustand lastet ungemein schwer, und es läßt sich natürlich nicht absehen, wann und unter welchen Bedingungen er aufgehoben werden wird, da doch von einer eigentlichen Verschuldung desselben gar keine Rede sein kann, und ich von allen Seiten einstimmig wiederholen höre, daß Hammerstein auf höhern Befehl vielfach zu einer wie immer herbeizuführenden Entwaffnung, Vernichtung der freilich etwas zügellosen Presse und Ausweisung der Emigranten gedrängt wurde. Die Generale seines Stabes, vielleicht erpicht, ihre strategischen Kenntnisse beim Bombardement einer friedlichen Stadt zu zeigen, drangen gleichfalls in Hammerstein doch rasch eine Gelegenheit vom Zaume zu brechen, und so würde, was man längst herbeigewünscht, auch vollbracht. Es war aber nur der erste Akt der beabsichtigten Zersplitterung des wieder erwachsenen und sich selbstständig gebährdeten Polenthums, eine Zersplitterung, die die polnische Aristokratie hier ihren volksfeindlichen Traditionen getreu selbst durch ein eigenes Organ der Presse „Polska" beförderte. Um nur das demokratische Prinzip nicht zur Geltung kommen zu lassen, wurden die Nachkommen der polnischen Magnaten treue Wappenträger des Hauses Oesterreich und traten gegen alle revolutionäre Tendenzen in die Schranken. Sie haben ihren eigentlichen Zweck, das Schaffen einer ruthenischen Propaganda, und die thatkräftige Beförderung der ruthenischen Nationalität aber nicht erreicht und, der zweite Akt der Vernichtung Polens ist jetzt der Vollendung nahe. Es ist außer allem Zweifel, daß Lemberg der Sitz eines ruthenischen Guberniums und eines ruthenischen Landtags werden wird. Leider aber hat das Werk der Kontrerevolution hier ein ganz anderes Ziel im Auge, als die gewiß von allen Wohlgesinnten herbeigewünschte Gleichberechtigung aller Nationalitäten. Wir haben es in der noch nicht gelösten ungarischen Frage gesehen, wo, wer auch immer die Schuld trage, die Regierung ein falsches Spiel gespielt und mit dem Banus von Kroatien etwas anders beabsichtete, als bloß für die Gleichberechtigung der Südslaven mit den Ungarn zu kämpfen. Ach hier in Polen wurde von lange her, und was das verdächtigste ist, gleich nach der Märzbewegung durch den Grafen Stadion, dieses übrigens stümperhaften Schülers Metternichs, ein ähnliches Spiel vorbereitet, das aber in dem divide et impera des alten Systems seine Lösung findet. Der Mangel nicht nur bedeutender, sondern selbst gewöhnlicher Kapazitäten unter den Ruthenen ist der Regierung wohl bekannt, und darauf eben hat sie ihren Plan gegründet. Die Polen und Ruthenen als kompakte Masse, die letztern durch die Aufhebung der Unterthänigkeit versöhnt, durch die demokratischen Bestrebungen der Polen gewonnen und ihren slavischen Brüdern befreundet, würden der Regierung gar zu viel zu schaffen geben. Nun sucht sie im Geiste der Zeit die nationalen Rivalitäten zu wecken und giebt den Ruthenen scheinbar eine Art Selbstständigkeit. Ihre politische, literarische und administrative komplete Unreife wird die Regierung dazu benutzen, rein im ruthenischen Interesse deutsche Beamte von loyaler Gesinnung einzuschmuggeln, die Hauptfäden des Gewebes in der Hand zu behalten, den ganzen Geschäftsgang zu regeln, und so dem Centralisationssysteme treu zu bleiben, während die Polen politisch und moralisch vernichtet werden. — Die hiesigen Reichstagsabgeordneten haben sich bereits nach Kremsier begeben und was von dem richtigen Geiste, der die hierortige Bevölkerung beseelt, und von der womöglichen Vermeidung eines Zusammenstoßes das beste Zeugniß ablegt, es ist hier der fast allgemeine Wunsch vorherrschend, daß die unglücklichen Wiener und Lemberger Schreckensscenen so wenig als möglich zur Sprache kommen, und rasch zur Berathung der Grundrechte geschritten werde. Man fühlt es, daß einer im geheimen minirenden und konspirirenden Gewalt gegenüber, das bisherige offene Benehmen der Nationalversammlung nicht diplomatisch genug gewesen. Die Zeit der Interpellationen muß als beendet betrachtet sein, unbeirrt von allen Nebendingen, selbst von größeren Ereignissen, wenn sie dem Verfassungswerke nicht störend in den Weg treten, muß es jetzt die alleinige Pflicht des Reichstages sein, durch die Feststellung der Grundrechte die Revolution zum Abschluß zu bringen, um dann jeder gewaltsamen Einwirkung auf die gesetzliche Verfassung gestützt, entgegentreten zu können. — Zur Ehrenrettung der Familie unseres großen Dichters Heinrich Heine erlauben Sie mir eine Bemerkung ihres Wiener † Korrespondenten zu berichtigen. Der Herausgeber des Wiener Fremdenblattes und jetziger geheimer Censor ist kein Bruder Heinrich Heine's. Dessen einziger Bruder Maximilian Heine, Doctor der Medizin, und mir wohl bekannt, lebt seit einer Reihe von Jahren in Petersburg, wo er im Departement des Grafen Kleinmichel, in der Verwaltung der Land- und Wasserstraßen als Arzt angestellt ist.

** **Krakau**, 26. Nov. [Eine amtliche Bekanntmachung] fordert heute sämmtliche städtischen Behörden und Gemeinden von Galizien auf, für die öffentliche Ruhe zu sorgen, und droht sogleich auch mit dem Belagerungszustand des ganzen Landes. — Man kann aus dieser Bekanntmachung viele Folgerungen über den traurigen Zustand unseres Landes ziehen. Der Hauptinhalt ist etwa Folgendes: Es giebt eine Anzahl Leute in Galizien, denen das revolutionäre Treiben zur zweiten Natur geworden ist, und deren Unverschämtheit so weit geht, sich gegen alle Anordnungen der Regierung aufzulehnen. — Diesem bösen Treiben gegenüber ist es heilige Pflicht der Behörden, mit der größten Vorsicht über die öffentliche Ruhe und Ordnung zu wachen, und jeder einzelne Bürger ist ebenso verpflichtet, die Behörden hierin mit aller Kraft zu unterstützen. — Der Gouverneur sieht sich daher zu der Aufforderung veranlaßt, daß jeder, der mit Wort oder Schrift gegen die k. k. Regierung und zum Umsturz der bestehenden Ordnung zu wirken versucht, sogleich ergriffen und an die Kreisbehörde abgeliefert werde. — Die Bekanntmachung theilt ferner mit, daß ein Theil der Armee aus Galizien gegen die ungarischen „Rebellen" aufbricht und daß der Kaiser, lediglich im Vertrauen auf die Anhänglichkeit der galizischen Gemeinden an seine erlauchte Person, kein Bedenken trug, die Armee aus Galizien u entfernen, um die ungarischen Rebellen, die gegen Gott und ihren König gesündigt, zu züchtigen. — Es wird endlich noch als Warnung bekannt gemacht, daß Sr. Excellenz dem kommandirenden General Hammerstein, der die Stadt Lemberg in Belagerungszustand gesetzt hat, das unumschränkte Recht eingeräumt ist, mit jeder Stadt des Reiches in gleicher Weise zu verfahren.

Rußland.

** **Warschau**, 20. Nov. Der Kurierwechsel zwischen Petersburg, Potsdam und Olmütz durch unsere Stadt ist in diesen Tagen sehr lebhaft. In diplomatischen Kreisen verbreitet sich das Gerücht, daß **der Kaiser Nikolai die Häuser Hohenzollern und Habsburg dazu bestimmt habe, den alten Zustand wieder herbeizuführen.** — Sollte das möglich sein?

Von der polnischen Grenze. Nach zuverläßigen Nachrichten sind sämmtliche an der preußischen Grenze auf dem rechten Weichselufer dislocirten kaiserlich russischen Truppen plötzlich aufgebrochen, haben am 22. November und in den folgenden Tagen die Weichsel bei Wroclawek überschritten und sind in der Richtung auf Kalisch weiter marschirt. Die Veranlassung zu dieser unerwarteten Bewegung hat sich nicht ermitteln lassen, doch ist es nicht unwahrscheinlich, daß man russischer Seits auf Alles gefaßt sein will, was sich aus den politischen Wirren in den südlich belegenen frembherrlichen Ländern ergeben dürfte. (N. Pr. Z.)

Großbritanien.

London, 25. Nov. [Melbourne †] Heute früh traf hier die Nachricht von dem gestern Abend im Alter von 69 Jahren erfolgten Tode Lord Melbourne's ein. Seit 1841, wo er seine Stelle als Premier-Minister niederlegte, hatte er in gänzlicher Zurückgezogenheit von Staatsgeschäften gelebt. Sein Bruder, Lord Beauvale, früher Gesandter in Wien, ist der Erbe seiner Titel und seines Vermögens. Seine einzige Schwester ist die Gattin Lord Palmerstons.

Frankreich.

Paris, 25. Nov. [Louis Napoleon.] Nach der „Gazette de France" herrscht in den demagogischen Klubbs eine unbesiegbare Abneigung gegen Louis Napoleon, und mehrere Mitglieder derselben sollen sich, falls er Präsident werde, zu seiner Ermordung verschworen haben. Kürzlich soll daher, nach demselben Blatte, Pierre Bonaparte zu Ledru-Rollin gegangen sein und ihm gesagt haben: „Wie es heißt, ist das Leben meines Vetters bedroht. Ich erkläre Ihnen, daß wir in Paris eine Legion der entschlossensten Korsikaner haben, und Wehe Ihnen und den Ihrigen, wenn ein Haar auf dem Haupte L. Bonaparte's gekrümmt wird."

Lokales und Provinzielles.

* Breslauer Kommunal-Angelegenheiten.

Breslau, 28. Novbr. [Steuer-Asservation.] In Folge eines Regierungsreskriptes, in welchem ausgesprochen ist, daß der Magistrat die in die Kämmerei-Kasse geflossenen königlichen Steuern abliefern solle, weil andern Falls die Regierung die an die Kämmerei von der Regierung zu liefernden größeren Summen zurückbehalten würde, beschloß der Magistrat, obgleich die Stadtverordneten schon der Regierung entgegen gekommen und die Steuerasservation wieder zurückgenommen, die Versammlung aufzufordern, trotz der Beschlußnahme diese wichtige Sache in einem gemeinschaftlichen kommissarischen Gutachten vorher nochmals zu begutachten.

Auf dieses kommissarische Gutachten, welches von den Stadträthen Becker, Landshuter, Theinert und dem Kämmerer Friebös beantragt war, ging die Versammlung nicht ein.

Rößler erklärte, der Beschluß sei gefaßt, er (der Redner) sei aus Nützlichkeitsgründen dafür gewesen. Man habe im Widersetzlichkeitsfall zu fürchten, daß das Wort „Belagerungszustand" ausgesprochen wird und grade kurz vor Weihnachten, und würde der Ausspruch den Geschäften besonders nachtheilig sein. Siebig erklärte, daß er wohl nicht nöthig habe, auf diese materiellen Dinge einzugehen, denn die Sache habe einen anderen Standpunkt. Der Redner ging nun auf den Konflikt mit der Krone zurück, und daß die Versammlung neulich der National-Versammlung die Unterstützung zugesagt. Wie die National-Versammlung eine moralische Kraft entwickelt, so müssen es auch die Stadtverordneten, und nur der Gewalt, wenn sie angedroht wird, weichen. Er stimme daher dafür, daß die Sache durch ein kommissarisches Gutachten nochmals reiflich erwogen werden müsse. Hübner bemerkte, man habe sich bei der Beschlußnahme neulich auf einen Beschluß der Frankfurter Versammlung berufen, aber den andern Beschluß jener Versammlung, welcher auf ein volksthümliches Ministerium dringt, außer Augen gelassen, erst müsse dieser Beschluß ins Leben treten. Laube und Burghardt stimmten gegen das kommissarische Gutachten.

Siebig erklärte nochmals, daß man wenigstens, ehe man einen solchen Beschluß gefaßt, mit dem Magistrat sich hätte in Einvernehmen setzen müssen. Er wäre allerdings der Meinung, daß man der Gewalt weichen müsse, dies sei aber nicht der Ehre zuwider, und man hätte dann das Seinige gethan. Die Versammlung beschloß, dabei stehen zu bleiben, daß sie einmal den Beschluß gefaßt habe, die Steuerasservation fallen zu lassen.

(Die unbesoldeten Stadträthe.) Der Magistrat zeigt an, daß sämmtliche unbesoldete Stadträthe, namentlich Klein, Jüttner, Zwinger, Pulvermacher, Lessenthin, Froböß, Ludewig (Landshuter und v. Hülsen sind schon ausgeschieden, über Landshuter siehe unten) ausgeschieden und nicht eher, bis ihnen Genugthuung geschehen wegen der Unbill am 20. (wo die Führer ein Mißtrauensvotum gegen den Magistrat ausgesprochen) wieder im Magistrat erscheinen würden.

Stadtverordneter Linderer erklärte, daß die Herren Stadträthe völlig ungesetzlich handeln, daß sie auf Auffordern des Bürgermeisters, wie es geschehen, so gut wie die besoldeten Räthe in den Sessionen hätten erscheinen müssen, daß sie nicht nolens volens ihren Posten verlassen könnten, sondern nur laut Städteordnung verfahren dürften. Selbst aber wenn es von der Versammlung nachgegeben würde, daß sie ausscheiden dürfen, so müßten sie so lange ihre Amtspflicht unverweigerlich erfüllen und in den Magistrats-Sitzungen erscheinen, bis eine Neuwahl zum Ersatz erfolgt sei. — Welche Unbill übrigens auch die Einzelnen erfahren, so sei dies nicht in einer Magistrats-Sitzung geschehen, und die Furcht, wegen zu erwartender Unbillen nicht in den Sitzungen zu erscheinen, sei ganz ungegründet, da der Magistrat (die besoldeten Stadträthe) seine Sitzungen nach wie vor ohne die allergeringste Störung halte. Der Vorsteher-Stellvertreter und die Versammlung traten dieser Ansicht vollständig bei und fügten noch hinzu, daß die Untersuchung wegen jener Vorfälle eingeleitet und eine Genugthuung, welche die Räthe beanspruchen, daraus erfolgen werde; man müsse übrigens dies den Herren Räthen von Seiten der Stadtverordneten mittheilen und ein Vertrauensvotum durch eine Deputation zu erkennen geben. Diese kombinirten Anträge wurden angenommen. Dem Stadtrath Landshuter, welcher von Breslau seinen Wohnsitz verlegt und aus diesem Grunde sein Amt niederlegt, wurde auf Antrag des Stadtverordneten Linderer ein Dankschreiben votirt.

(Kommissarien zur Feststellung des Thatbestandes am 20. November.) Der Magistrat stellt zu diesem Zweck den Syndikus Anders und Magistrats-Assessor Hübner, die Stadtverordneten stellen auf Antrag Jurock's vier Commissarien, welche als „unparteiische Richter" (sic) mit den oben genannten Herren gemeinschaftlich die Vorfälle zwischen Magistrat und Stadtverordneten und anderer Seits der Bürgerwehrführer untersuchen sollen. Da die Führer ein Mißtrauensvotum an jenem Abende gegen die Stadtverordneten-Versammlung und gegen den Magistrat ausgesprochen haben, und die weiteren Mißhelligkeiten zwischen den städtischen Behörden und der Bürgerwehr stattfinden, so ist jene Commission, die nur aus Ma-

gistrats-Mitgliedern und Stadtverordneten besteht, kein unparteiischer, sondern der Stellung nach und wegen des Konfliktes ein parteiischer Richter in den Augen des Publikums. Die gewählten Mitglieder zur Kommission sind Protokollführer Krug und die Stadtverordneten Tschocke, Voigt und Apotheker Laube.

(Gasbeleuchtung in der neuen Bürgerschule.) Es wird der Antrag gestellt, diese Anstalt mit Gaslicht zu versehen, die Anlagekosten sind etwa auf 690 Thlr. veranschlagt. Siebig war nur in dem Fall dafür, wenn man vorher versichert werde, das Gas von der Gasgesellschaft billig zu erhalten. — Grund, welcher trotz der Erklärung, daß er sein Amt niedergelegt, in der heutigen Sitzuug wieder erschienen war, hält die Gasbeleuchtung für billiger und fußt darauf, daß man bei den jetzigen Gaszählern, welche sehr zuverlässig seien, eine genaue Controle über den Verbrauch des Gases sich verschaffen könne. Die Angelegenheit wird noch weiter zur Sprache kommen. Die nächste Sitzung, welche, da sie nicht als geheime angezeigt ist, nach den bestehenden Bestimmungen eine öffentliche ist, wird Donnerstag früh 10 Uhr beginnen.

** **Breslau**, 29. Nov. [Verein für gesetzliche Ordnung.] Bei Eröffnung der Sitzung berichtigt Herr Oettinger, daß er nicht, wie in der heutigen Breslauer Zeitung enthalten, gesagt habe, „die Bürgerwehr habe kein Recht zu deliberiren.“ Auf Verlangen des gedachten Herrn geben wir diese Berichtigung hiemit. — Nach der Wahl mehrer Komité-Mitglieder wurde der bereits gestern beschlossene Protest verlesen und angenommen. Er enthält etwa Folgendes: Die am 26. d. Mts. von dem Obersten, dem Stabe und 71 Majoren und Hauptleuten der Bürgerwehr abgegebene Erklärung: **daß sie ihre Stellen niederlegen und vermöge einer anzuordnenden Neuwahl den Beweis durch die ganze Bürgerwahr führen, daß Magistrat und Stadtverordnete sich in ihrer politischen Ansicht geirrt haben,** — müsse die lebhafteste Besorgniß erregen, daß die moralische Freiheit der erwählten städtischen Behörden durch eine bewaffnete Macht ohne politische Befugniß gefährdet werde. — Es sei die Bürgerwehr um so weniger berechtigt, im Namen der ganzen Bürgerschaft aufzutreten, als nur der geringe Theil der letzteren in jener vertreten ist. — Auf der andern Seite üben die Schutzverwandten auf die Bürgerwehr einen großen Einfluß aus, während dieselben in Sachen der Stadt bisher keinen berechtigten Einfluß haben. Endlich sei es außer allem Zweifel, daß die wahrscheinliche Wiedererwählung der abtretenden Bürgerwehr-Offiziere nicht das geringste Präjudiz gegen die weitere Haltung der städtischen Behörden abgeben könne. — Der Verein protestire daher gegen jeden Einfluß, den ein Beschluß der Bürgerwehr auf eine Entscheidung, oder den Bestand der Stadtbehörden ausüben könnte, als ungesetzlich und die Rechte der Bürgerschaft beeinträchtigend.

Es folgte eine längere Debatte, ob sich auch Schutzverwandte an dem Proteste betheiligen könnten. Die Redner dagegen machten geltend, daß man eine Inkonsequenz begehe, wenn man auch Schutzverwandte sich betheiligen lasse. Die vorliegende Angelegenheit sei lediglich Sache der Bürgerschaft, und da man die Urwähler-Versammlungen nicht anerkenne, so müsse man konsequenterweise die Schutzverwandten von der Betheiligung an dem Proteste ausschließen. Andere Redner behaupteten wieder, der moralische Einfluß der Unterschriften der Schutzverwandten sei wohl zu berücksichtigen. — Nach vielen Vermittelungsvorschlägen wird beschlossen, den Protest nur von Bürgern unterschreiben zu lassen.

Schließlich theilt Herr Hahn mit, daß er in der gestrigen Sitzung des konstitutionellen Centralvereins den Antrag gestellt, derselbe möge sich dem hier beschlossenen Proteste anschließen. Der Centralverein habe sich damit einverstanden erklärt, und wolle er überhaupt mit dem Verein für gesetzliche Ordnung gemeinsam gehen und handeln.

** **Breslau**, 29. Nov. [Plakate.] An den Straßenecken Plakate über Plakate. Lauter Aufforderungen zu Bezirks-Versammlungen, um über das Verhalten der städtischen Behörden zu berathen, und Vertrauens- oder Mißtrauensvoten abzugeben. Das Resultat dieser Berathungen werden wir, so weit nur möglich den Lesern mitzutheilen nicht unterlassen.

[Der Verein für gesetzliche Ordnung] hält die Versammlung der Urwähler, oder doch wenigstens die Berufung der Letzteren, für ungesetzlich. Es wäre wohl zu wünschen, daß sich ein Verein der gesetzlichen Ordnung, wozu auch Juristen gehören, um unsere Gesetze kümmern und unsere heiligsten Rechte nicht schmälern möchte! Der § 4 des Gesetzes vom 6. April 1848 bestimmt: „alle Preußen sind berechtigt, sich friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln.“ Sind die Urwähler nicht Preußen, oder haben gerade sie kein solches Recht? So wie sich Bürger, Standesgenossen, Mitglieder des Vereins der gesetzlichen Ordnung u. s. w., auf den Ruf Einzelner oder Mehrerer, vereinigen können: so dürfen sich auch die Urwähler zu jeder Zeit versammeln. Wer nur den Behörden das Recht der Zusammenberufung gestatten will, der ist ein Reactionärer, ein Unkonstitutioneller im wahrsten Sinne des Wortes, denn er will uns unter das alte Vormundschaftsregiment der Behörden und Beamten wieder zurückbringen.

Die Urwähler der Bezirke sind berechtige, sich zu versammeln und über städtische Angelegenheiten zu besprechen. Allerdings werden die Stadtverordneten nicht von den Urwählern gewählt, aber Stadtverordnete und Magistrat vertreten die Rechte und Interessen aller Stadtbewohner und das Vertrauen oder Mißtrauen und die Wünsche derselben können und werden den städtischen Behörden nicht gleichgültig sein.

Vielfache Zerwürfnisse herrschen in unserer Stadt. Pflicht der Gutgesinnten ist es, diese auszugleichen. Durch Zusammenkommen der verschiednen Parteien, durch offenes Aussprechen, durch Entgegenkommen von beiden Seiten, durch gegenseitiges Aufgeben von Parteiansichten und Lieblingsideen ist eine solche Ausgleichung nur möglich. Durch feindliches Gegenübertreten, durch Nichtbetheiligung oder durch Austreten, ehe man sich ausgesprochen hat, wird der Parteihaß noch größer, und anarchische Zustände für die Zukunft hervorgerufen.

Ferdinand Fischer.

Theater.

Die Oper brachte in der letzten Hälfte des Monats nichts Neues; einige Wiederholungen des „Hans Heiling“ und eine der „Martha“. Das zuerst genannte Werk wurde bei der ersten Darstellung von uns in ausführlicher Weise besprochen. Wir fanden bei den Wiederholungen manche gerügte Uebelstände glücklich vermieden und auch das Publikum für die schöne. edle Tondichtung empfänglicher. Heute ging, nach längerer Pause, „Robert“ wieder in Scene; die hier sehr beliebte Oper übt selbst in der jetzigen, dem Theater so ungünstigen Zeit, ihre Anziehungskraft; wir fanden das Haus um vieles besser, als an andern Tagen besetzt. Neu waren in den Rollen als Gast, Frau Mink vom Theater in Pesth als Isabella und Fräulein Bunke als Alice. Frau Mink, von der wir in vergangenen Zeiten viel Rühmliches als Sängerin gehört und gelesen haben, hätte unsere Bühne in jenen Tagen besuchen sollen und gewiß hätten wir Ursache gehabt, den Gast mit Vergnügen zu begrüßen. Heute müssen wir ihr nur das verhängnißvolle „Zu spät!“ zurufen. Unter allen Künsten scheint die schwerste Kunst die zu sein, zur rechten Zeit aufzuhören. Und so sehen wir denn viele große Künstler, nachdem ihre Zeit vorüber ist, die früher wohlverdienten Kränze mit eigenen Händen zerpflücken und selbst die Leichensteine ihres Ruhmes bilden. — Fräulein Bunke als Alice bekräftigte heute aufs Neue, daß sie ein glückliches und reiches musikalisches Talent besitzt. Obgleich sie zum ersten Male die Rolle der Alice gab, so zeigte sie sich doch recht sicher in der schwierigen Partie; sie sang sowohl die Arie im ersten Akt, wie die Scene am Kreuze recht befriedigend, und gern geben wir heute der jungen Sängerin unsere Anerkennung. Eine größere Achtsamkeit möchten wir noch auf eine reinere Intonation empfehlen, die auch heute an manchen Stellen verletzt wurde und eben so wünschen wir bessere plastische Studien; so war z. B. in dem Duette mit Bertram am Kreuze das Hinkriechen auf Händen und Füßen sehr unschön und gewiß weit entfernt von dem, was eigentlich dadurch ausgedrückt werden sollte. Von den vielen und zwecklosen Armbewegungen haben wir schon oft geredet.

Herr Kahle zeichnet sich auch in dem Genre vortheilhaft aus, dem er sonst so eigentlich nicht angehörte. Der Ausdruck des Heroischen gelingt ihm jetzt recht gut und seine Leistung als Robert verdient ein volles Lob. Herr Prawit in der Rolle als Bertram ist vom Publikum schon oft beifällig anerkannt worden; uns will es nicht behagen, daß dieser in der jüngsten Zeit die Töne in der höhern Lage mit solcher Heftigkeit herausstößt; diese Weise kann man nicht mehr singen nennen. Auch bei ihm leidet die reine Intonation nicht selten. Das Arrangement des Ballets ist heute eines vollen Beifalls werth; wenn auch nicht viel getanzt wurde, so lag doch eben Viel in diesem Nichttanzen und noch mehr in den geschmackvollen Gruppirungen. Fräulein Devrient, wie ein Genie alle Saiten glücklich anschlägt, war als Helena in allen Bewegungen voll feiner Grazie und stummer Beredsamkeit.

d.

Herr Wagner, vom National-Theater in Wien, ist gestern zum ersten Mal an unserer Bühne aufgetreten, und zwar im „verwunschenen Prinzen“ und „Paris in Pommern.“ Nach dem ersten Eindruck, den Herr Wagner auf uns hervorgebracht, dürfen wir ihn ohne Uebertreibung als genialen Komiker bezeichnen. Wir haben ihn zwar nur in dem letzteren Stücke sehen können, aber er entwickelte da einen solchen Reichthum an Humor und sprudelnder Laune, so viel wahrhafte Komik und Elasticität, daß wir unser Urtheil über ihn schon heute nicht für übereilt erachten. Hoffentlich wird uns recht bald Gelegenheit geboten werden, unser Urtheil vervollständigen zu können.

M. K.

---

* **Breslau**, 29. November. [Versammlung des kathol. Central-Vereins am 28. Novbr.] Der Präsident Wick eröffnet die Versammlung um 7¼ Uhr Abends. Dieselbe war von etwa 2000 Personen besucht. — Den der Tagesordnung vorausgehenden Vortrag hielt Baltzer, welcher über christliche Schule und Erziehung sprach. Der Redner bemerkte, die Erziehung dürfe keine rein weltliche, sie müsse eben so Geist als Herz bildend und darum religiös, christlich sein. Gott selbst sei zuerst erziehend und unterrichtend an den Menschen herangetreten; dieser aber habe sich der göttlichen Schule entwunden und seit jener Zeit sei der Erziehungsgang ein doppelter geworden, ein weltlicher und ein religiöser, von Gott geleiteter. Jener sei im Heidenthum, dieser im Judenthum in der alten Welt zu finden; doch sei das göttliche Erziehungsmoment selbst im Heidenthum nicht gänzlich geschwunden, sondern habe sich im Gewissen geltend gemacht. Der Zweck des gesammten Unterrichts und der Erziehung sei aber der gewesen, die erlösungsbedürftige Welt auf Christus vorzubereiten; dieser habe denn auch als Lehrmeister und Erzieher der Menschheit wieder Licht und Wärme und damit Wahrheit und Tugend gebracht und eine Lehr- und Erziehungsanstalt in der Kirche für alle Zeit gegründet. Die christliche Schule dürfe daher von der Kirche nicht getrennt werden, denn mit ihr sei sie verwachsen, ein Theil von ihr und aus ihr hervorgegangen. Der Redner wies nun auf die Gründung von Schulen durch die Kirche in den ersten Jahrhunderten hin und hob namentlich die zu Alexandria und Antiochia hervor, zeigte ihre Bemühungen für Unterricht und Erziehung seit Karl d. Gr. in Deutschland, bewies den Flor der christlichen Wissenschaft im Mittelalter aus den zahlreichen Werken der Scholastik und bemerkte, wie die Kirche zahllose hohe Schulen und Universitäten ins Leben gerufen. Seit der Reformation sei die Einheit der christlichen Erziehung unterbrochen und wohin die allmählig vom kirchlichen Christenthum emanzipirte Schule gekommen, zeige die Gegenwart. Wolle man daher eine bessere Zeit, so müsse man wieder christliche Schulen wollen und die katholische Kirche müsse daher um so mehr gegen die zu Frankfurt beabsichtigte Trennung der Schule von der Kirche wirken, weil sie nicht blos das Recht, sondern auch die Pflicht habe, die Jugend mit christlichen Ideen und christlicher Sitte zu erfüllen, um großes Elend von Deutschland abzuwenden. In ihr sei daher die Rettung für die Gegenwart und Zukunft zu suchen. Sollten in Frankfurt kirchenfeindliche Beschlüsse durchgehen, so müsse man fortwährend protestiren und durch Sturmpetitionen wie in England die Beschlüsse rückgängig zu machen suchen.

Wick bemerkt, daß solche Petitionen zwar gut und gesetzlich seien, doch müsse man, um ihnen Nachdruck zu geben, vor Allem bei den Wahlen in die Kammern tüchtige katholische Deputirte senden; jetzt seien leider viele Nullen dort, aber wenig Einer, welche mitzählen könnten. Derselbe behält noch das Wort, um mit Rücksicht auf die Lebensgefährdung des Prof. Buß, des katholischen Vorkämpfers in Baden, zwei Gefahren anzudeuten, welche der kath. Kirche drohen. S in Rückblick gelte dem alten absoluten Regiment, das leider gegen die Katholiken ungerecht gewesen, wie das der vielfache Druck der Kirche und die Zurücksetzung der Katholiken bei Aemtern bewiesen habe. Man könne also jene Zeiten nicht zurückwünschen und die Katholiken hätten mit Freuden den konstitutionellen Staat begrüßt, der Gleichberechtigung Aller im politischen und Freiheit im religiösen Gebiet verheißen habe. Leider seien diese Verheißungen noch nicht erfüllt und trage daran die Nationalversammlung nicht wenig Schuld, welche ihrerseits durch endlose Plaudereien und Interpellationen die Verbriefung unserer Rechte und Freiheiten hinausgeschoben habe. Da erhebe sich nun eine neue Gefahr namentlich für die katholische Kirche; denn die allgemeine Mißstimmung benutze eine Partei, welche sich die radikale nenne und welche mit einer geläuterten Demokratie nichts gemein habe. Denn dieser Radikalismus sei der verkörperte Despotismus, vertrage keine andere Ueberzeugung und hasse namentlich Christenthum und Kirche; er weise auf den Vorkämpfer dieser politischen Richtung in Frankreich, auf Ledru Rollin, hin, der laut der Kölner Zeitung auf einem unlängst gehaltenen Bankett Gott und Religion ewige Feindschaft geschworen; er weise ferner auf die Lebensäußerung des Radikalismus in der Schweiz hin, wo dieselbe Mönche und Klosterfrauen gemißhandelt, den Bischof von Freiburg wegen seiner kirchlichen Treue ins Gefängniß geworfen, die katholischen Kantone bei den Wahlen durch Bajonnette in ihrem Stimmrecht und ihrer Stimmfreiheit tyrannisire und wo er vor einigen Jahren den Stimmführer der katholischen Partei, Leu von Ebersol, meuchlings aus dem Wege geräumt. Auch in Deutschland fange dieser Geist zu zünden an, wie die beabsichtigte, aber Gott sei Dank nicht in Ausführung gekommene Ermordung des edelsten Volksfreundes, des muthigen Buß, in Tauberbischofsheim zeige. Der Redner ließ den Artikel verlesen und fuhr fort, daß solche Dinge erklärlich seien, da Struve, ebenfalls ein Radikaler, in seinen aufgefangenen Briefen offen sage, zu einem gerechten Zweck sei jedes Mittel recht, wodurch das Verbrechen sanktionirt werde. Nicht also die konstitutionelle Monarchie, auch nicht die ehrliche Demokratie hätten die Katholiken zu fürchten, wohl aber die Herrschaft einer Partei, welche ohne Gott und Gewissen unter dem heuchlerischen Deckmantel der Freiheit und Bruderliebe Knechtschaft für alles berge, was sich ihr nicht blindlings fügen wolle. — An Buß wird eine Anerkennungs- und Beglückwünschungs-Adresse vorgeschlagen und genehmigt. Darauf zur Tagesordnung übergehend referirt Warnatsch über die Arbeiten und Beschlüsse der Versammlung der schles. kathol. Vereine am 14., 15. und 16. Nov. und eröffnet, was sie in Bezug auf Ausbreitung, Verbindung und Wirksamkeit der Vereine beschlossen. Als Zweck der Vereine wird angegeben: Erringung der religiösen und kirchlichen Freiheit, Wahrung der Rechte der katholischen Kirche, Anpflanzung christlicher Bildung in Erziehung und Ausübung von Werken der Liebe gegen die Armen. Der Präsident bemerkt, daß der aus dem Central-Verein hervorgegangene Wohlthätigkeitsverein die Versammlung angehe um Kleidungsstücke und Nahrungsmittel, um schon jetzt der Armuth Hülfe leisten zu können, setzt dann auf die Tagesordnung für kommende Versammlung: Er-

richtung von Abend- oder Sonntagsschulen für Gesellen, Lehrlinge, Arbeiter und Dienstboten; und Anlegung einer katholischen Volksbibliothek. Schluß ½10 Uhr. C.

Inserate.

Bekanntmachung.

Mittelst allerhöchster Verordnung vom 24. Mai d. J. (Gesetzsammlung Nr. 29 pro 1848) ist vorgeschrieben worden, daß die preußischen Postanstalten bei Aufgabe von Briefen oder Brief-Adressen auf Verlangen baare Einzahlungen in Beträgen bis zu fünf und zwanzig Thalern aufwärts einschließlich zur Wiederauszahlung an einen bestimmten Empfänger im Bereiche des preußischen Postverwaltungs-Bezirks anzunehmen verpflichtet sein sollen. Durch diese allerhöchste Bestimmung wird dem Geldverkehr in kleinen Beträgen eine wesentliche Erleichterung gewährt, indem danach die Uebermittelung mäßiger Summen mit weniger Mühe, größerer Sicherheit und größtentheils für geringere Kosten wird erfolgen können, als bei der baaren Versendung. — Diese neue Einrichtung soll, nachdem die desfalls erforderlichen Vorbereitungen beendigt worden sind, mit dem 1. Dezember d. J. zur Ausführung kommen.

Dabei ist folgendes Verfahren zu beobachten:

Jede preußische Post-Anstalt ist verpflichtet, Einzahlungen von den kleinsten Beträgen bis zu fünfundzwanzig Thalern einschließlich in kassenmäßigem Gelde auf Briefe oder Brief-Adressen zur Wiederauszahlung an einen bestimmten Adressaten nach Orten innerhalb des preußischen Postverwaltungs-Bezirks anzunehmen.

Für richtige Auszahlung solcher Beträge haftet die Postverwaltung in derselben Weise, wie bei der Versendung von Geldern.

Die für dergleichen Zahlungsleistungen zu entrichtende Gebühr beträgt einen halben Silbergroschen für jeden Thaler und für jeden Theil eines Thalers.

Auf dem Briefe oder der Brief-Adresse muß der Vermerk:

„Hierauf eingezahlt ... Thlr. ... Sgr. ... Pf. enthalten sein. Die Thalersumme muß in Buchstaben, der Betrag an Groschen und Pfennigen in Zahlen ausgedrückt sein. Seinen Namen braucht der Absender diesem Vermerk nicht beizufügen.

Ueber die geleistete Einzahlung wird dem Absender ein Schein ertheilt.

Auf Briefe, welche deklarirtes Geld oder Geldeswerth enthalten, ferner auf rekommandirte Briefe und auf Packet-Adressen, es mögen zu denselben ordinäre oder geldwerthe Packete gehören, werden vorläufig baare Einzahlungen nicht angenommen.

Vorerst können Briefe oder Brief-Adressen, worauf baare Einzahlungen stattgefunden haben, nur mit den Fahrposten und den denselben gleich zu achtenden Postgattungen versandt werden.

Am Bestimmungsorte wird dem Adressaten ein Formular zum Auslieferungs-Schein und zugleich der Brief oder die Brief-Adresse behändigt. Gegen den vollzogenen und untersiegelten Schein wird dem Adressaten der Betrag der stattgefundenen Einzahlung ausgezahlt. Erfolgt die Bestellung des Scheines und Briefes durch den Briefträger, so wird dabei in gleicher Weise verfahren, wie bei der Bestellung des Auslieferungsscheines zu einem Geldbriefe.

Die Mitsendung des baaren Geldes durch den Briefträger findet, wenn der Adressat am Orte der Post-Anstalt wohnt, nicht statt. Wohnt der Adressat im Umkreise der Post-Anstalt, so können mäßige Beträge dem Landbriefträger zur Auszahlung an die Adressaten mitgegeben werden.

Wenn ein Brief, auf welchen eine Einzahlung stattgefunden hat, nach dem Abgangsorte zurückkommt, so wird derselbe dem Absender gegen Quittung und Aushändigung des Einlieferungsscheines zurückgegeben. Ist der Absender äußerlich nicht zu erkennen, so geht der Brief an die Retourbrief-Oeffnungs-Kommission. Kann auch auf diesem Wege der Absender nicht ermittelt werden, so wird derselbe, wie bei zurückgesandten Geldbriefen, zur Empfangnahme öffentlich aufgefordert. Meldet sich der unbekannte Absender nicht, so wird der Brief dem General-Postamte eingereicht und der eingezahlte Betrag zur Post-Armen-Kasse abgeliefert.

Die Portotaxe für dergleichen Uebermittelungen setzt sich zusammen:

1) aus dem Porto für den Brief oder die Brief-Adresse nach den gewöhnlichen Sätzen und
2) aus der Einzahlungs-Gebühr.

Die Einzahlungs-Gebühr beträgt als Minimum, nämlich für eine Einzahlung unter und bis zu einem Thaler incl. ½ Sgr. und so fort für jeden Thaler oder Theil eines Thalers ½ Sgr.

Es steht dem Absender frei, die Sendung frankirt oder unfrankirt aufzugeben; doch kann die Bezahlung des Porto und der Einzahlungs-Gebühr nicht von einander getrennt werden.

Bei nachzusendenden Briefen mit Einzahlungen wird das Porto für den Brief nach den für solche Fälle bestehenden allgemeinen Vorschriften erhoben. Die Einzahlungsgebühr bleibt sich für alle Entfernungen gleich.

Bei zurückzusendenden Briefen mit Einzahlungen wird das Porto und die Gebühr nur für den Hinweg, nicht aber für den Rückweg erhoben.

Wenn Behörden, Korporationen oder Personen eine portofreie Rubrik gebrauchen, so kann dieselbe nur auf den Brief Anwendung finden. Die Gebühr für die Einzahlung muß auch in solchen Fällen von dem Absender oder Empfänger entrichtet werden.

Das Bestellgeld ist dem für gewöhnliche Briefe gleich. Für die Beträge, welche durch die Landbriefträger überbracht werden, ist das Bestellgeld für den Brief und das Geld 2 Sgr.

Sobald die Erfahrung das Bedürfniß der einzelnen Postanstalten an Zahlungsmitteln für solche Geldzahlungen festgestellt hat, wird das General-Post-Amt Anordnungen treffen, damit überall die erforderlichen Summen zur prompten Berichtigung der Zahlungen bereit gehalten werden. Auch für den Fall eines bis dahin etwa hervortretenden ungewöhnlichen Bedürfnisses an Zahlungsmitteln sind die Postanstalten mit der nöthigen Instruktion versehen worden.

Es kann indeß in der ersten Zeit des Bestehens der neuen Einrichtung dennoch der Fall eintreten, daß einzelne Auszahlungen um kurze Zeit verzögert werden. Wenngleich solche Fälle thunlichst vermieden werden sollen, so wird doch dieserhalb ein Entschädigungs-Anspruch gegen die Post-Verwaltung nicht erhoben werden können.

Berlin, den 23. November 1848.

General-Post-Amt.

Seit gestern Mittag bis heute Mittag sind nach amtlicher Meldung an der Cholera 5 Personen erkrankt, 2 gestorben und 3 genesen.

Breslau, den 29. November 1848.

Das königliche Polizei-Präsidium.

Aufforderung.

Obgleich der zur Einreichung der Stammlisten aller derjenigen hiesigen Einwohner, welche in Gemäßheit der §§ 8 bis 10 des Bürgerwehr-Gesetzes vom 17. Oktober d. J. zum Dienste in der Bürgerwehr berechtigt und verpflichtet sind, bereits am 20sten d. M. abgelaufen ist, so sind doch noch die meisten Herren Bezirks-Vorsteher damit im Rückstande.

Da nach § 14 des Bürgerwehr-Gesetzes die Stamm-Listen vom 1. bis 15. Dezember zu Jedermanns Einsicht ausgelegt werden sollen, so fordern wir die Herren Bezirks-Vorsteher, welche mit diesen Listen noch im Rückstande sind, hiermit dringend auf, dieselben bis zum 3. Dezember d. J. unfehlbar an uns einzureichen, diejenigen Herren Bezirks-Vorsteher aber, welche ihre Listen an die betreffenden Herren Bezirks-Hauptleute abgeliefert haben, ersuchen wir dies schleunigst anzuzeigen.

Breslau, den 28. November 1848.

Der Magistrat
hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Nachstehende Adresse ist an Se. Maj. den König von hier abgesendet worden:

„Guhrau, 25. Nov. 1848.

Großmächtigster König!
Allergnädigster König und Herr!

Im Gefühle der tiefsten Ergebenheit treten die unterzeichneten Mitglieder des hiesigen vaterländisch-konstitutionellen Vereins vor Euer königliche Majestät mit der unterthänigsten Erklärung, daß sie keineswegs gesonnen sind, dem ungerechtfertigten Anmuthen einer Fraction der von Euer Majestät vertagten National-Versammlung Betreffs ihres Beschlusses der Steuer-Verweigerung nachzukommen. Vielmehr werden dieselben, indem sie den Schmerz Eurer Majestät über die dermaligen beklagenswerthen Zustände des Vaterlandes auf das Tiefste mitempfinden und mit Höchstdero Throne stehen oder fallen, nicht anders, als auf dem Wege gesetzlicher Ordnung immerdar der von ihnen wohlerkannten Verpflichtungen gegen den Staat nachzukommen und unter den Segnungen Eurer Majestät Regierung nach ihren besten Kräften einer bessern Zukunft entgegen zu arbeiten bestrebt sein.

Mit der tiefsten Verehrung
Eurer königlichen Majestät
unterthänigste Mitglieder des vaterländisch-constitutionellen Vereins."
(Folgen 195 Unterschriften.)

Hohes Staats-Ministerium!

Ein hohes Staats-Ministerium ersuchen wir ganz unterthänigst, Sr. Majestät unserm allergnädigsten König und Herrn die Bitte vorzutragen, die 208 Mitglieder der National-Versammlung, welche widerrechtlich die Berathungen fortgesetzt, und den hochverrätherischen Beschluß gefaßt haben, das Volk zur Steuerverweigerung aufzufordern, zur gerichtlichen Untersuchung zu ziehen.

Gleichzeitig protestiren wir feierlichst dagegen, daß ferner Einer dieser 208 Mitglieder Deputirter bleibe, da es eine Schmach für alle wackern Preußen wäre, wenn Männer ihre Interessen vertreten sollten, die es versucht haben, durch die Steuerverweigerung das Vaterland in ein unabsehbares Elend zu stürzen und Aufruhr und Brudermord hervorzurufen.

Jauer, am 26. November 1848.

Der Vorstand des Veteranen-Zweig-Vereins, im Namen der 147 Mitglieder.

Als Probe, wie Breslauer Korrespondenten eine an sich ehrenhafte Sache verleumden und fabelhaft darstellen können, legen wir unsern Breslauern Mitbürgern folgenden Bericht der „Ostsee-Zeitung" in der Beilage von Nr. 215 zur gütigen Beachtung vor: „Die Hauptstütze der reaktionären Maßnahmen der hiesigen Behörden ist gegenwärtig ein Verein, der unter der Devise: „Für Ordnung und Gesetz" seit etwa einer Woche sich hier gebildet hat. Ohne alles Hehl bekennt er sich zur Fahne des starrsten Absolutismus, und jedenfalls ist der gestrige Beschluß der Stadtverordneten größtentheils seinen Einwirkungen beizumessen. Schon vor mehreren Tagen verlangte er das unverzügliche Einschreiten des Militärs, jetzt soll von ihm der Antrag auf Verhaftung einer Menge hiesiger Männer, welche als Capacitäten der Fortschrittspartei bekannt sind, gestellt worden sein. Wie man sich erzählt, enthält die von ihm vorgelegte Proskriptionsliste nicht weniger als vierzig Namen. Bei Gelegenheit einer Ergebenheits-Adresse an den König hat er Unterschriftensammler angestellt, welche für die Unterschrift je nach Stand, Ansehen u. s. w. des Unterschreibenden 5, 10, ja selbst 15 Sgr. erhalten. Recht augenscheinlich charakteristisch aber für einen Verein der Ordnung und des Gesetzes ist die Thatsache, daß er in seiner vorgestrigen Sitzung eines seiner Mitglieder eines dissentirenden Votums wegen so arg körperlich gemißhandelt hat, daß dasselbe aus der Sitzung hinweggetragen werden mußte."

Der Verein für Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung.

Der Glogauer Rustikalverein hat folgende neue Adresse an Se. Majestät den König abgesandt:

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König!
Allergnädigster König und Herr!

Ew. Majestät haben zu unseren Deputirten gesagt, daß man Ihnen die Krone rauben und die Republik einführen wolle. Deshalb fühlen wir uns gedrungen, gegen Ew. Majestät ehrfurchtsvoll auszusprechen, daß dieses keineswegs die Absicht des Landvolkes ist. Das Landvolk hängt noch an seinem König und will die Krone auch ferner mit Ansehen und Macht bekleidet haben; aber allerdings verlangt es auch, daß alle Unterschiede, welche nicht die Natur selbst unter die Menschen setzt, wegfallen, daß alle Staatsbürger vor dem Gesetze völlig gleich sind, ein Jeder nach seinen Kräften zu den Lasten und Abgaben des Staates ohne Ausnahme gleichmäßig beitragen müsse, die Bevorrechtungen einzelner Stände und Personen aufhören, daß das Landvolk von jeder Knechtschaft der Adeligen und Gutsbesitzer befreit werde, und daß die versprochene Konstitution eine Wahrheit werde, d. h. daß die alle Beamten- und Militärherrschaft aufhöre und in allen Gesetzgebungsangelegenheiten das Volk durch seine Vertreter in letzter Instanz die allein entscheidende Stimme habe. Nur dann, wenn dieses gewährt wird, wird Ruhe und Frieden ins Land zurückkehren, und nur dann werden in Zukunft beklagenswerthe Konflikte verhütet werden. Wir hoffen nach Ew. Majestät Verheißungen, daß diese unsere gerechten Anforderungen Erfüllung finden werden, und verharren in dieser sicheren Hoffnung in alter treuer Anhänglichkeit

Ew. Majestät
Landleute des Kreises Glogau.

Glogau, den 26. Nov. 1848.

Durch eine Reise verhindert, der Führerversammlung am 26. d. Mts. beizuwohnen, erkläre ich hiermit: daß ich mit den Beschlüssen der Majorität der Bürgerwehrführer vollständig einverstanden bin.

Breslau, den 29. November 1848.

A. Meyer II.,
Major des 5ten Bataillons.

Zweite Beilage zu № 281 der Breslauer Zeitung.

Donnerstag den 30. November 1848.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sehe ich mich hiermit veranlaßt zu erklären, daß ich nicht der in der gestrigen Zeitung unterzeichnete, mit Gott für König und Vaterlander bin, der die Steuern 3 Monat pränumerando bezahlen will, da ich vielmehr die edle Absicht habe, dieselben für verflossene 3 Monate zu verweigern. **N. A. Unger.**

Heute, den 30. November, Abends 8 Uhr, Sitzung der **Central-Kommission** des **Bürgerwehr-Klubbs.**

Bitte an gute Menschen!

Acht Kinder eines sehr armen Vaters, fünf Mädchen von 14, 12, 9, 7 und 4 Jahren, 3 Knaben von 10, 6 und 2 Jahren, befinden sich in größter Noth, können wegen fehlender Bekleidung die Schule nicht besuchen, und haben zum bevorstehenden Weihnachtsfeste auf irgend eine Freude nicht die geringste Aussicht. Edle Menschen werden daher zur Abhülfe dieses Kummers um eine Unterstützung kindlich gebeten.

Selbst die kleinste Liebesgabe nebst Anerbieten zur Verabreichung abgelegter Kleidungsstücke werden mit herzlichem Dank angenommen von der

Expedition der Breslauer Zeitung.

Fernere Beiträge für die hilfsbedürftigen Familien einberufener Wehrmänner 6. A.-C. Von den Herren:

Gen.-Major v. Willisen 15 Rthl. O.-L.-G.-R. Teichert 4 Rthl. Bau-Insp. Zahn 5 Rthl. Gen.-Arzt Dr. Sommer 6 Rthl. Gen.-Major v. Ehrhardt 2 Frdr. Gustav v. Haugwitz 5 Rthl. Major Gr. Monts 10 Rtl. Von der Börsengesellschaft gesammelt 104 Rtl. 25 Sgr. In Summa bis jetzt eingegangen 635 Rthl. 22 Sgr. 6 Pf. Frhr. v. Czettritz. Ehrich. Köpke.

Theater-Nachricht.

Donnerstag, zum ersten Male: **„Badekuren."** Lustspiel in einem Akt von G. zu Putlitz. — Personen: Frau v. Wangen, Frau Heinze. Reinhold, ihr Sohn, Herr Baumeister. Louise, eine junge Wittwe, Fräulein Devrient. Valentin, Herr Stotz. — Hierauf, zum 3ten Male: **„Das Sonntagsräuschchen."** Original-Lustspiel in einem Akt von Wilhelm Floto. — Zum Schluß: **„List und Phlegma."** Vaudeville-Posse in einem Akt von L. Angely. — Baron Palm, Herr Theodor Wagner, vom National-Theater in Wien, als Gast.

Für den Monat Dezember sind im Theater-Bureau in den gewöhnlichen Geschäftsstunden das Dutzend Billets für den ersten Rang, Balkon, die Sperrsitze und Parquet-Logen à 6 Rthlr., zum zweiten Rang und die Parterre-Sitzplätze à 4 Rthlr. zu haben.

Entbindungs-Anzeige.

Meine liebe Frau Cäcilie, geb. Polke, ist heute früh $2^1/_2$ Uhr von einem muntern Knaben glücklich entbunden worden.

Frankenstein, den 28. November 1848.

M. Dienstfertig.

Entbindungs-Anzeige.

Die heute früh $9^1/_2$ Uhr erfolgte, zwar schwere aber glückliche Entbindung meiner lieben Frau Auguste, geb. Koschwitz, von einem gesunden Knaben, beehre ich mich, statt jeder besonderen Meldung, Verwandten und Freunden ergebenst anzuzeigen.

Striegau, den 28. November 1848.

Julius Grospietsch jun., Conditor.

Verspätete Todes-Anzeige.

Am 22. d. M., Morgens 6 Uhr, ging die Frau Auguste verw. Pache geb. Lazar, in ihrem 43. Lebensjahre, nach langen und schweren Leiden zu einem jenseitigen bessern Leben über. Fünf noch unversorgte Kinder stehen am Sarge einer innig geliebten Entschlafenen. Sie beweinen in ihr die vorsichtige Leiterin ihrer Jugend, die innigst geliebte sorgsame Mutter, die für das Wohl ihrer Kinder den ihr dargereichten, bittern Leidenskelch bis auf den letzten Tropfen standhaft und muthig geleert hat. Nur der, der die Familienverhältnisse näher kennen gelernt, weiß den tiefen Schmerz der trostlosen Hinterbliebenen, die den furchtbarsten Launen eines trüben Geschicks Preis gegeben sind, wahrhaft zu würdigen. Gottes allmächtiger Schutz tröste und stärke sie auf ihrem ferneren dornigen Lebenspfade.

Wir aber betrauern in ihr eine wahrhaft aufrichtige, innigst geliebte Freundin, eine Wohlthäterin, eine Unterstützerin der Kranken, Armen und Waisen, die trotz der vielen Hindernisse, die ihr in den Weg gelegt wurden, doch des Wohlthuens nicht müde werden konnte. So viel allen fernen Verwandten und Freunden der Entschlafenen zur Nachricht gewidmet

von mehreren Familien-Freunden und Freundinnen

Tarnowitz, den 27. Nov. 1848.

Todes-Anzeige.

Den heute Morgen halb 6 Uhr nach langen Leiden sanft erfolgten Tod unserer innig geliebten Mutter, der Frau Seifensieder Eleonore, verwittw. Reimann, gebor. Reimann, in dem Alter von 71 Jahren 5 Monaten, zeigen wir tief betrübt, allen ihren und unsern lieben Verwandten und Freunden hiermit ergebenst an.

Münsterberg, den 28. November 1848.

Die hinterbliebenen Kinder.

Todes-Anzeige.

Nach sechswöchentlichen Krankenlager starb heute Morgen um 7 Uhr an Altersschwäche unsere theure Mutter, Schwiegermutter, Groß- und Urgroßmutter Minna Prager, gebor. Salomon, im 80sten Lebensjahre, welches wir tiefbetrübt unsern entfernten Verwandten und Freunden hierdurch anzeigen.

Liegnitz, den 28. November 1848.

Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

In der Nacht zum 27sten d. M. starb uns allen unerwartet Herr Kammergerichts-Assessor Cochius an einem Brustleiden. Erst seit sechs Monaten unser Mitarbeiter, erwarb er sich schnell durch seine amtlichen Leistungen und die Biederkeit seines Charakters unsere Achtung und Freundschaft. Mit aufrichtigem Schmerze beklagen wir sein frühes Hinscheiden.

Breslau, 28. November 1848.

Die Präsidenten und Mitglieder des königl. Oberlandes-Gerichts.

Todes-Anzeige. (Verspätet.)

Den am 21sten d. M. am Nervenfieber erfolgten Tod meines ältesten Bruders, des Pastor F. Gliemann in Zirke im Großherzogthum Posen, in dem Alter von 39 Jahren 11 Monaten zeige ich tief betrübt seinen entfernten Verwandten und Freunden, statt jeder besonderen Meldung hiermit ergebenst an.

Codlewe b. Trachenberg, den 28. Novbr. 1848.

Der fürstliche Revierförster G. Gliemann.

Todes-Anzeige.

Den 28sten d. M. Abends 6 Uhr starb am Nervenschlage unser herzlich geliebter Vater, der Agent J. F. W. Graumann in dem vollendeten 70sten Lebensjahre. Dies zeigen mit betrübtem Herzen an:

die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Heute Mittag um $12^1/_4$ Uhr entriß uns der unerbittliche Tod unsern theuern unvergeßlichen Max im Alter von 2 Jahren und 3 Monaten nach vielwöchentlichen Leiden. Wir bitten in tiefstem Schmerz um stille Theilnahme.

Nimptsch, den 28. November 1848.

Julius Joachim.
Bertha Joachim, geb. Schubert.

Todes-Anzeige.

Am 24sten d. M. entschlief in dem Lazareth zu Köpenik unser heißgeliebter, hoffnungsvoller Sohn und Bruder, der Füsilier im 10ten Infanterie-Regiment Friedrich Winger, nach 3monatlicher Dienstzeit und 7wöchentlicher Krankheit. Der Entschlafene ist das dritte Glied unserer Familie, welches durch den Militärdienst hingeopfert worden ist.

Diese Anzeige widmen Verwandten und Freunden:

die Hinterbliebenen.

Trebnitz, den 28. November 1848.

Todes-Anzeige.

Den am 27sten d. M. an Cholera-Erkrankung plötzlich erfolgten Tod des Apothekers Alois Giemsa in Jarocin zeigen, statt besonder Meldung, Verwandten und Freunden an: die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Breslau, den 29. November 1848.

Sonnabend den 2. Dezember

erstes Concert

des **akademischen Musikvereins,** im Musiksaale der Universität.

Erste Abtheilung.

1) Ouverture „Egmont" v. L. v. Beethoven.
2) Rondo für das Pianoforte von Hummel, vorgetragen von Herrn stud. Schütze.
3) Vierstimmige Gesänge:
   a) Kriegslied von Kücken,
   b) Akademische Tagesordnung von C. Tenschert.
4) Chor aus der Zauberflöte von Mozart

Zweite Abtheilung.

5) Hochzeitsmarsch aus dem Sommernachtstraum von F. M. Bartholdi.
6) Arie für Bariton aus „der Vampyr" von Marschner.
7) Vierstimmige Gesänge:
   a) Die Bürgerwehr von Schäffer.
   b) Herz-Galopp von Schäffer.
8) Ouverture „Beherrscher der Geister" von C. M. v. Weber.
9) Chor aus Fidelio von L. v. Beethoven.

Eintrittskarten à 10 Sgr., zu reservirten Plätzen à 15 Sgr. sind in allen Musikalien-Handlungen zu haben.

C. Tenschert. F. Müller. F. Haucke.

In allen Buchhandlungen zu haben:

Plan von Brandenburg,
gezeichnet von F. Fliegner.
gr. 4. Preis 1 Sgr.

Buchhandlung Ferd. Hirt in Breslau u. Ratibor.

Den Herren Baubeflissenen empfiehlt die Buchhandlung von **Ferdinand Hirt** in **Breslau** und **Ratibor**, in Krotoschin A. E. Stock, das unter folgendem Titel erschienene praktische Taschenbuch:

Geschäfts-Taschenbuch

für Zimmer- und Maurermeister, Baueleven, Polirer und Schreiner.

Auf das Jahr 1849.

Von Dr. **C. A. Menzel,** königl. Bau-Inspektor.

In Leinwand gebunden Preis $22^1/_2$ Sgr.

Inhalt. Geschäftstagebuch (ist nach den Kalendertagen geordnet und zwischen jedem Tage ein leerer Raum zu Bemerkungen gelassen), **eine Tafel Pergament, Erinnerungsbuch** (ist zu Notizen für das nächstkommende Jahr bestimmt), **Correspondenz-Tagebuch** (dient zu Bemerkungen über ein- oder abgegangene Briefe), **Notizbuch über das Arbeiter-Personal, — Tagebuch über Einnahme und Ausgabe, — Bautechnologisches Wörterbuch, — Erklärung der am häufigsten vorkommenden Fremdwörter, Anschlagssätze der hauptsächlichsten Bauarbeiten, — Flächen- und Körper-Messungen, — Absolutes Gewicht der wichtigsten Bankörper, — Erklärung verschiedener in Deutschland vorkommender Zählarten, Flächenmaaße ɔc., — Tabelle zur Vergleichung der verschiedenen Fußmaaße, — Uebersicht des Werthes verschiedener Münzen, Maaße und Gewichte, — Münz-Vergleichungs-Tabellen, — Zinsen-Berechnungs-Tabellen zu ¼ — 6 pCt. auf einen Tag, einen Monat und ein Jahr** (a) von 1—1000 Rthlr. à 30 Sgr., b) von 1—1000 Fl. à 60 Kr.), **Titulaturen und Adreßbuch, — Verzeichniß einiger im Leben vorkommenden Schriftkürzungen.**

In Fr. Malte's artistischen Anstalt in Stuttgart erschien so eben, und ist in allen Buchhandlungen zu haben, in **Breslau** und **Ratibor** vorräthig bei **Ferdinand Hirt**, in Krotoschin bei Stock:

Neueste Karte

des Kriegsschauplatzes in Ungarn, Slavonien und Kroatien.

nebst zwei Beilagen:

1) Plan der Stadt Wien. — 2) Topographisches Kärtchen von Wien und Umgebung auf 6—8 Stunden im Umkreis.

Entworfen und gezeichnet von **R. Groß.** gr. Folio. in Mappe 9 Sgr.

Der Unterzeichnete giebt sich die Ehre, dem geehrten Publikum anzuzeigen, dass die erste Quartett-Matiné nun unwiderruflich am Sonntag den 3. Dezember im Saale zum König von Ungarn des Vormittags zwischen halb 12 und 2 Uhr stattfinden wird. Es wird darin zur Aufführung kommen: Nr. 1) Quartett von Beethoven. Nr. 2) Grosse Fantasie für die Violine, eigener Com position. Nr. 3) Quartett von Mendelssohn-Bartholdy. Einlasskarten sind in allen Musikalienhandlungen zu haben.

J. Rudersdorff, Concertmeister.

Lätitia.

Die Mitglieder versammeln sich jeden Donnerstag Abend im König von Ungarn.

Heute, den 30. November.

Konzert der Theaterkapelle

im **Café restaurant.**

Zur Aufführung kommt unter Anderem: Große Ouvertüre zu „Leonore" von Beethoven in C. Sinfonie von Hesse, Nr. 6, in E.

Schweizerhaus.

Zur Aufnahme meiner geehrten Gäste habe ich den Glas-Balkon nicht nur zum Heizen (alltäglich) einrichten, sondern auch den Fußboden mit wollenen Decken belegen lassen, und hoffe, einem hochgeehrten Publikum dadurch eine Bequemlichkeit verschafft zu haben.

Schlinge.

Konzert-Anzeige.

Sonntag den 3. Dezember, Abends 7 Uhr, im Saale des Gasthofes zum schwarzen Adler hierselbst

Vokal- und Instrumental-Konzert zum Besten unserer Orts-Armen.

Canth, den 27. November 1848.

Oswald Fischer.

Eltern, welche ihre Kinder (Knaben und Mädchen) in wirklich gute Aufsicht und Pflege nach Breslau zu geben Willens sind, erfahren das Nähere Tauenzienstraße Nr. 82, parterre links.

Bekanntmachung.

Für das hiesige Krankenhospital zu Allerheiligen soll auf die Zeit vom 1. Januar bis ultimo December 1849 die Lieferung nachstehender Viktualien:

1) Hafergrütze im Betrage v. ungef. 22 Ctr.
2) Heidegries „ „ „ 50 „
3) Wienergries „ „ „ 14 „
4) Reis „ „ „ 28 „
5) Weizenmehl „ „ „ 18 „
6) Hirse „ „ „ 12 Sch.
7) Perlgraupe, mittlere „ „ 12 „
8) Erbsen im ungefähren Betrage von 36 „
9) Linsen „ „ „ 18 „

im Wege der Lizitation verbungen werden.

Zu diesem Ende haben wir einen Termin auf den

2. Dec. d. J. Nachmittags 5 Uhr

im rathhäuslichen Fürstensaale anberaumt, zu welchem Lieferungslustige unter dem Bemerken eingeladen werden, daß die Lieferungsbedingungen in der Rathsdienerstube zur Einsicht ausgehängt sind.

Breslau, den 31. Okt. 1848.

Die Direktion des Krankenhospitals zu Allerheiligen.

Ediktal-Citation.

Alle diejenigen, welche an den Nachlaß der am 14. Januar 1817 zu Ober-Kühschmalz ab intestato verstorbenen Wirthschafterin Francisca, verw. gewesene John, geb. Kuboth, als Erben oder Erbeserben einen Anspruch zu haben vermeinen, werden hiermit aufgefordert, sich als solche glaubhaft zu legitimiren und ihre Ansprüche geltend zu machen, welche aber binnen 3 Monaten oder spätestens in dem auf

den 12. März 1849, Vormittags 10 Uhr,

in unserer Gerichts-Kanzlei zu Neisse anberaumten Termine geschehen muß, widrigenfalls der Ausbleibende, oder auch derjenige, welcher sich nur mangelhaft legitimirt, mit seinem Anspruche an die Masse präkludirt werden wird.

Sollte sich Niemand zu diesem Nachlasse in dieser Zeit melden, so wird solcher dem Fiskus zuerkannt und ausgefolgt werden.

Neisse, den 13. November 1848.

Gerichts-Amt Ober-Kühschmalz.

Theiler.

Die Wachswaaren-Fabrik J. B. Supper,

Schmiedebrücke Nr. 3,

wird, um den Wünschen ihrer geehrten Abnehmer nachzukommen, von heute ab die Preise billiger stellen: weißer Wachsstock und Kerzen 18 Sgr., gelbe dito 16 Sgr., bunte 20 Sgr., buntgemalte 24 Sgr. das Pfund, —

reine Wachswaaren und richtiges Gewicht.

Nothwendige Subhastation.

Das Ernst Thiel'sche Bauergut Nr. 15 zu Dammer, abgeschätzt zufolge der, nebst Hypothekenschein in unserer Registratur einzusehenden Taxe, auf 5003 Rthl. 10 Sgr., soll im Termin den

15. Juni 1849 Vorm. 10 Uhr

an der Gerichtsstelle zu Gramschütz meistbietend verkauft werden.

Glogau, den 19. November 1848.

Königliches Amts-Gericht Gramschütz.
Heinzel.

Montag den 11. Dezember c. von früh 10 Uhr ab, werden in der hiesigen Dominial-Ziegelei 225000 Stück Klinker, in Loosen von 4 bis 6 Tausend Stück, meistbietend verkauft werden. Die Licitations-Bedingungen, unter welchen sich auch die befindet, daß die Hälfte des Betrages bei dem Zuschlage und die andere Hälfte vor der Abfuhr der Klinker gezahlt werde, sind jederzeit bei dem unterzeichneten Wirthschaftsamte einzusehen, und die Klinker in der Ziegelei in Augenschein zu nehmen.

Louisenthal bei Brieg, den 25. Nov. 1848.

Das Gräflich Saurma-Jeltsch-Louisenthaler Wirthschaftsamt.
Bothe, Amtmann.

Das Dominium Wallisfurth bei Glatz bietet zum Verkauf:

100 Stück hochfeine, so wie sehr wollreiche 2- und 3jährige Zuchtböcke,
400 Stück Zuchtmütter, von derselben Qualität, so wie
300 Stück 2- und 3jährige Schöpse als Wollträger an.

Der Ruf der Heerde ist hinlänglich bekannt, und wollen sich hierauf Reflektirende wegen der näheren Kaufsbedingungen an das hiesige Wirthschafts-Amt wenden.

Wallisfurth bei Glatz, den 25. November 1848.

Fr. v. Falkenhausen'sches Wirthschafts-Amt.

Aufforderung.

Der Oekonom, auch Oberamtmann genannt, Härtel, zuletzt in Breslau Friedr.-Wilh.-Straße wohnhaft, wird hiermit aufgefordert, mir seinen jetzigen Aufenthaltsort anzuzeigen.

Conrad, in Poln.-Wartenberg.

Frische Hasen,

gespickt 11 Sgr., frische Rehkeulen, das Stück 20 Sgr. bis 1 Rtlr. die stärksten; Rehrücken von 20 Sgr. bis 1 Rtlr. 5 Sgr. empfiehlt:

Wildhändler **N. Koch**,
Ring Nr. 9, neben 7 Churfürsten.

Frische

Perigord-Trüffeln

empfiehlt die Pasteten- und Fleischwaaren-Fabrik des **C. F. Dietrich**,
Schmiedebrücke Nr. 2.

Kalk-Offerte.

Circa tausend Kubikfuß alten, abgelagerten, gelöschten Kalk pro Kubikfuß 3 Sgr. offerirt die Grüneicher Kalkbrennerei.

Ausverkauf.

Ohlauerstraße Nr. 2 in der Löwengrube, 1 Treppe,

eine sehr große Auswahl moderner Hut- und Haubenbänder, letztere von 1, $1\frac{1}{4}$, $1\frac{1}{2}$ Sgr. die Elle, so wie Tapisserie-Waaren; als: Stickwolle, Häkelseide, Stickmuster, Perlen, Stickereien 2c., sämmtliche Artikel um die Hälfte des Kostenpreises.



Der mir gewordenen Aufträge halber werde ich noch 8 Tage hier verweilen und bin ich für Kunstfreunde und Augengläserbedürfende von morgens 8 bis 1 Uhr und Nachmittags von 3 bis 7 Uhr zu sprechen.

D. Köhn,
Hof-Optikus,

im Hause der Tabak-Fabrikanten Herrn Brunzlow u. Sohn, Nikolai- und Herrenstraßen-Ecke Nr. 7, eine Treppe hoch, Eingang im Hofe rechts.

Gefunden.

Ein großer brauner Hühnerhund mit weißer Kehle wird gegen Entrichtung der Insertionskosten an den sich legitimirenden rechtmäßigen Besitzer zurückgegeben: Burgfeld Nr. 7.

Brauerei-Pacht.

Auf dem königl. Domainen-Amte „Oelse" bei Freiburg, wird die herrschaftliche Brau- und Brennerei zum 1. Januar 1849 pachtlos. Kautionsfähige Pächter können sich bei dem dasigen Wirthschafts-Amte melden.

Offener Posten: für einen verheiratheten, tüchtigen Amtmann.

Tralles, Messergasse Nr. 39.

Marinirten Lachs, Elbinger Neunaugen

verkauft bedeutend billiger als bisher:

Carl Straka,

Albrechtsstraße 39, d. kgl. Bank gegenüber.

Austern bei Julius König.

Gebirgs-Butter,

schöne Waare, empfiehlt in Fäßchen à Quart 11 Sgr. und darunter:

C. Haym, Schuhbrücke Nr. 72.

Stickereien in Wäsche und Taschentücher werden bald und billig verfertigt; auch wird Unterricht darin ertheilt:

Kupferschmiedestraße Nr. 48, 2 Stiegen.

Beste **Elbinger Neunaugen** in $\frac{1}{8}$ und $\frac{1}{16}$-Gebinden und à 1 und 2 Schock empfing neuerdings zu billigen Preisen in Kommission: **Karl Krull**, Karlsstraße 41.



Ein kleiner Wachtelhund, weiß, mit braunen Flecken und Behängen, hat sich in der Gegend der Schmiedebrücke verloren. Wer denselben Herrenstraße Nr. 20 im Comptoir abgiebt, erhält eine angemessene Belohnung.

Gute Flügel stehen billig zu verkaufen und zu vermiethen Hummerei Nr. 56.

Eine Wohnung und eine große Remise sind sofort zu vermiethen; auch sind einige Gebett Betten billig zu verkaufen.

Universitätsplatz Nr. 10 erste Etage zu erfragen.

Odervorstadt Kohlenstraße Nr. 4 ist eine freundliche Wohnung im 2. Stock zu vermiethen.

Zwei möblirte Stuben sind Tauenzienstr. Nr. 82 par terre sogleich zu vermiethen.

Neue Gasse Nr. 17 an der Promenade ist ein möblirtes Zimmer für monatlich 3 Thlr. sofort zu beziehen.

Neue Gasse Nr. 11, dicht am Tempelgarten, sind kleine Wohnungen zu vermiethen.

Zu vermiethen und zu beziehen:

1) Flurstraße Nr. 8 mehrere große und kleine Wohnungen sofort oder von Weihnachten d. J. ab.
2) Flurstraße Nr. 6 drei kleine Wohnungen sofort resp. von Weihn. d. J. ab.
3) Gartenstraße Nr. 5 eine kleine Wohnung von Weihn. d. J. ab.
4) Angergasse Nr. 6 mehrere kleine Wohnungen, eine sofort, die andere von Weihnachten d. J. ab.
5) Friedr.-Wilh.-Straße Nr. 34 eine kleine Wohnung von Weihn. d. J. ab, desgl. eine Remise, Stallung und Garten, sofort oder von Weihn. d. J. ab.
6) Gartenstraße Nr. 20 eine Remise sofort und eine kleine Wohnung von Weihn. d. J. ab.
7) Lehmdamm Nr. 10 eine geräumige Wohnung sofort resp. von Weihn. d. J. ab.
8) Friedr.-Wilh.-Straße Nr. 7 ein Verkaufs-Gewölbe sofort oder von Weihn. d. J. ab.
9) Friedr.-Wilh.-Straße Nr. 8 zwei geräumige Wohnungen von Weihn. d. J. ab, desgl. zwei kleine sofort.

Näheres beim Kommissions-Rath **Hertel**, Seminargasse Nr. 15.

Nahe am Ringe, Schuhbrücke 72, ist zum 1. Dezember d. eine freundliche möblirte Stube zu vermiethen.

Hôtel garni in Breslau,

Albrechtsstraße Nr. 33, 1. Etage, bei König, sind elegant möblirte Zimmer bei prompter Bedienung auf beliebige Zeit zu vermiethen

P. S. Auch ist Stallung u. Wagenplatz dabei.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.

K. K. Major Graf Degenfeld aus Wien. Gutsbes. Gräf v. Mirmont a. Mähren. Ob.-Amtm. Braune a. Grögersdorf. Kaufmann Meißner a. Sachsen. Kaufmann Leidler a. Dresden. Kaufm. Wiehrmann a. Wittenberg. Kaufm. Hahn aus Hirschberg. Reg.-Refer. Heinze aus Berlin. Partik. Preiß a. Brieg. Kammerh. Graf v. Skorszewski a. Großh. Posen. Wirthsch.-Dir. Reymann a. Oberschlesien. Oek. Reymann aus Prokau.

Breslauer Getreide-Preise
am 29. November.

Sorte:	beste		mittle		geringste	
Weizen, weißer	53	Sg.	48	Sg.	42	Sg.
Weizen, gelber	51	„	44	„	40	„
Roggen	32	„	30	„	27	„
Gerste	24	„	22	„	20	„
Hafer	16	„	15	„	14	„

Im Verlage von Fürst in Nordhausen ist erschienen und bei **Graß, Barth u. Comp.** in **Breslau** und **Oppeln**, in **Brieg** bei **J. F. Ziegler**, in Liegnitz bei Ed. Reisner zu haben:

Abicht, Dr. W., Der Arzt für diejenigen, welche an Verschleimungen leiden, und zwar der Lungen, des Halses und der Verdauungswerkzeuge. Nebst Angabe der Ursachen und Heilmittel. Nach den vorzüglichsten französischen und deutschen Aerzten bearbeitet. 6te Auflage. $12\frac{1}{2}$ Sgr.

Bianchon, Dr., **Die Krankheiten der Greise.** Eine deutliche und vollständige Belehrung für bejahrte Männer und Frauen, wie die Krankheiten des Alters zu erkennen, zu verhüten und zu heilen sind, nebst der nothwendigen Belehrung über die Einrichtung einer für Greise zweckmäßigen Lebensweise. Nach dem Französ. 20 Sgr.

Drouinet-Jaudun, Dr., Von der **Abmagerung und Abzehrung,** deren verschiedenen Ursachen, Formen und Heilungsarten. Nach dem Französischen bearbeitet. Dritte Auflage. $12\frac{1}{2}$ Sgr.

Mackenzie, Dr., **Keine Unterleibs-Beschwerden mehr!** Erfahrungen über das eigentliche, bisher noch immer zu wenig erkannte Wesen und den Grund der Unterleibsbeschwerden, nebst Angabe der einzig sichern Weise, wie dieselben meist ohne Arznei auf die sicherste, völlig unschädliche und schnellste Weise geheilt und verhütet werden können. Aus dem Englischen übersetzt und aus den Werken der größten deutschen Aerzte vervollständigt. $22\frac{1}{2}$ Sgr.

Montag, Kürzeste und leichtfaßlichste **Berechnungsmethoden des cubischen Inhaltes** der im Geschäftsleben am häufigsten vorkommenden Hohlgemäße: Fässer, Baumstämme, Branntweinblasen, Braubottiche, Mauerwerke 2c. Nebst Tabellen zur augenblicklichen Auffindung des Kubikinhaltes gefällter Bäume. Ein unentbehrliches Noth- und Hülfsbüchlein für Bierbrauer, Branntweinbrenner, Böttcher, Accisbeamte, Artilleristen, Forstbeamte, Bäcker, Kaufleute, Klemptner, Kornmesser, Maurer, Mechaniker, Möbelfabrikanten, Müller, Mühlenzeugarbeiter, Oekonomen, Tischler, Weinhändler, Zimmerleute, Zinngießer, Zinseinnehmer. Zweite Auflage. 12 Sgr.

Richter, Dr. E., **Der Schlaf und die Schlaflosigkeit.** Eine Belehrung über den Schlaf, die Erhaltung und Kräftigung der Gesundheit durch denselben, die Erzielung eines gesunden und naturgemäßen Schlafes und die Mittel, auf sichere, unschädliche Weise die Schlaflosigkeit zu beseitigen. 10 Sgr.

Woolstone, Dr., **Die Kahlköpfigkeit** und ihre Heilung, oder Anweisung, auf entblößten Stellen des Hauptes den dichtesten und schönsten Haarwuchs hervorzubringen, nebst Belehrungen und Vorsichtsmaßregeln für Alle, welche Perücken tragen, wie auch Vorschriften, das Ausfallen und Ergrauen der Haare zu verhüten, ergrauten Haaren aber ihre frühere Farbe wiederzugeben. Nach der sechzehnten Originalauflage aus dem Englischen übersetzt. Zehnte Auflage. 10 Sgr.

J. G. Fichte und seine Beziehung zur Gegenwart des deutschen Volkes.

Von **Wilh. Busse.** 1ster Th. Fichte der Philosoph. 8. geh. 3 Rtlr.

Verlag von Heynemann. Halle.

Das Werk besteht aus zwei Theilen, von denen der erste „Fichte der Philosoph" (in 2 Bänden) und der 2te Theil „Fichte der deutsche Mann" enthält.

Die deutsche Geschichte bezeugt uns die geistige Kraft des deutschen Volkes. Unsere Vorfahren haben die großen Gegensätze des Mittelalters als die Vorkämpfer durchgekämpft. Unsere Vorfahren haben in der Reformation das neue Rom entscheidend getroffen, wie unsere Urväter in der Völkerwanderung das alte Rom zertreten haben. Unsere Vorfahren haben in der Sage von der Wiederkehr des großen Hohenstaufen die Erwartung ausgesprochen, daß ihre Nachkommen ihrer würdig sein werden. Bewähren wir, daß wir die Söhne solcher Väter sind. A. d. Vorrede.

Vorräthig in allen Buchhandlungen, in **Breslau** und **Oppeln** bei **Graß, Barth und Comp.**, in **Brieg** bei **J. F. Ziegler**, in Glatz bei Hirschberg.

Harfen-Concert.

Heute Abend, den 30. November, im baierischen Bierkeller zu den vier Löwen, Schmiedebrücke Nr. 17, wozu ergebenst einladet. **E. Zippel.**

Vigogne-Jacken für Damen und Herren,

auf bloßem Körper zu tragen, nebst Leibbinden, sind wieder in größter Auswahl vorräthig bei **Herrmann Littauer,** Nikolaistraße Nr. 15.

Dr. Wendt-Kudraßschen Cholera-Liqueur

empfehlen wir mit Bezug auf unsere Anzeige vom 5ten September d. J. dem geehrten Publikum, so wie Wiederverkäufern zur gütigen Beachtung.

Breslau, 30. November 1848. **Nitschke u. Comp.,** Schuhbrücke Nr. 5.

Advis. Unsern geehrten Gästen die Anzeige, daß der längst erwartete

echte westfälische Kornbranntwein

aus **Drieberhausen,** angekommen, und sowohl in unserer Frühstückstube Glasweise, als auch zum Wiederverkauf das preuß. Quart à 12 Sgr. zu haben ist.

Breslau, 30. November 1848. **Nitschke u. Comp.,** Schuhbrücke Nr. 5.

Die erste und größte Damen-Mäntel-Fabrik,

Ohlauerstraße, im blauen Hirsch Nr. 5,

hat ihr reichhaltiges Mäntel-Magazin nach den neuesten Pariser Modells anfertigen lassen und verkauft sämmtliche Damen-Mäntel zu auffallend billigen Preisen.

Breslau, den 29. November.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten $96\frac{3}{4}$ Br. Kaiserliche Dukaten $96\frac{3}{4}$ Br. Friedrichsd'or $113\frac{1}{2}$ Br. Louisd'or 113 Br. Polnisches Courant $93\frac{11}{12}$ Br. Oesterreichische Banknoten $92\frac{5}{12}$ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 92 Br. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rtl. $3\frac{1}{2}$% $76\frac{5}{6}$ Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% $95\frac{3}{4}$ Br., neue $3\frac{1}{2}$% $79\frac{3}{4}$ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. $3\frac{1}{2}$% $90\frac{1}{4}$ Br., Litt. B. 4% $92\frac{5}{12}$ Br., $3\frac{1}{2}$% $81\frac{1}{2}$ Br. Polnische Pfandbriefe 4% alte $90\frac{2}{3}$ Gld., neue $90\frac{2}{3}$ Gld. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% $86\frac{1}{2}$ Br. Oberschlesische $3\frac{1}{2}$% Litt. A. $89\frac{3}{4}$ Gld., Litt. B. $89\frac{3}{4}$ Gld. Niederschlesisch-Märkische $3\frac{1}{2}$% $68\frac{3}{4}$ Br. Köln-Mindener $3\frac{1}{2}$% 76 Gld. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn $40\frac{11}{12}$ Br.

Berlin, den 28. November.

(Cours-Bericht.) Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindener $3\frac{1}{2}$% 77 à $76\frac{1}{2}$ bez., Prior. $4\frac{1}{2}$% $91\frac{1}{2}$ bez. Krakau-Oberschlesische 4% $42\frac{1}{2}$ Br. 42 Gld. Niederschlesische $3\frac{1}{2}$% $68\frac{1}{2}$ bez., Prior. 4% $84\frac{1}{4}$ Gld., Prior. 5% $95\frac{1}{2}$ Gld., Ser. III. 5% $89\frac{3}{4}$ bez. Oberschlesische $3\frac{1}{2}$% Litt. A. 90 bez., Litt. B 90 bez. Rheinische $50\frac{3}{4}$ bez., Prior.-Stamm 4% $66\frac{1}{2}$ Gld. Stargard-Posener 4% 68 Br. — Quittungs-Bogen: Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% $40\frac{3}{4}$, $\frac{5}{8}$ u. $\frac{3}{4}$ bez. — Geld- und Fonds-Course: Staats-Schuld-Scheine $3\frac{1}{2}$% $76\frac{3}{8}$ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine à 50 Rtl. 92 Br. Posener Pfandbriefe 4% $95\frac{3}{4}$ Br., neue $3\frac{1}{2}$% $79\frac{3}{4}$ Br. Friedrichsd'or $113\frac{3}{8}$ Br. Louisd'or $112\frac{7}{8}$ u. 113 bez. Polnische Pfandbriefe 4% neue $91\frac{1}{4}$ Br.

Die Stimmung für Fonds und Eisenbahn-Aktien war heute im Allgemeinen minder günstig als gestern, die Course zum Theil ein wenig niedriger und der Umsatz nicht von großem Umfange; für Prioritäts-Aktien erhält sich fortdauernd Frage.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.